



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

**KRISEANFÄLLIGKEIT DER WIRTSCHAFT
RUSSISCHE DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND
WTO-BEITRITT**

| | | |
|---------------|---|----|
| ■ GRUSSWORT | | |
| | Grußwort von Prof. Dr. Klaus Mangold | 2 |
| ■ ANALYSE | | |
| | Russlands finanzielle Verwundbarkeiten Von Richard Connolly, Birmingham | 3 |
| ■ STATISTIK | | |
| | Russlands aktuelle Wirtschaftsdaten im internationalen Vergleich | 8 |
| | Russlands Wirtschaftsentwicklung seit 2001 | 11 |
| ■ ANALYSE | | |
| | Russische Direktinvestitionen im Ausland. Weiterer Anstieg trotz der globalen Krise Von Peeter Vahtra, Turku | 15 |
| ■ KOMMENTAR | | |
| | Russland und die WTO – Nach 16 Jahren geht es wieder von vorne los Von Heiko Pleines, Bremen | 18 |
| ■ CHRONIK | | |
| | Vom 1. bis zum 10. September 2009 | 19 |
| ■ LESEHINWEIS | | |
| | Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 7–8/2009 | 20 |
| | Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 9/2009 | 24 |

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Grußwort

Grußwort von Prof. Dr. Klaus Mangold zum Beginn des Engagements des Ost-Ausschusses für die Russland- und Ukraine-Analysen

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Unverzichtbares Informationsmedium

Wer politisch und wirtschaftlich weitreichende Entscheidungen zu treffen hat, ist auf fundierte Informationen angewiesen. Hierzu leisten die Russland- und die Ukraine-Analysen seit Jahren einen unverzichtbaren Beitrag, indem sie die wissenschaftliche Expertise von Universitäten und Forschungsreinrichtungen aus dem In- und Ausland aufbereiten und neben tagesaktuellen Ereignissen strukturelle Fragen in den Ländern thematisieren. Als uns zu Beginn des Jahres die Nachricht von den finanziellen Schwierigkeiten der Redaktion erreichte, hat der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft deshalb umgehend nach Wegen gesucht, diese im deutschsprachigen Raum herausragenden Informationsdienste zu erhalten.

Dank der Unterstützung unserer Mitgliedsunternehmen konnte ein Paket geschnürt werden, das den Länderanalysen eine längerfristige Perspektive bietet, die inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion sichert und das Serviceangebot durch Einrichtung einer Redakteursstelle sogar weiter verbessert. Der Ost-Ausschuss übernimmt mit Wirkung zum 1. September 2009 zunächst für drei Jahre die Finanzierung der Russland- und Ukraine-Analysen, zusätzlich zu den Zentralasien-Analysen, die der Ost-Ausschuss 2008 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa der Uni Bremen initiierte und die bereits von Beginn an von Unternehmen im Ost-Ausschuss finanziert werden.

Über 6000 deutsche Unternehmen sind mit eigenen Niederlassungen oder Firmenbeteiligungen in Russland präsent. Die Zahl der deutschen Unternehmen in der Ukraine bewegt sich bei 1200. In Zentralasien sind etwa 800 deutsche Firmen ansässig. Wirtschaftliche Brücken entwickeln sich immer auch zu Wegen, über die sich die Politik und die Zivilgesellschaften zweier Länder näher kommen können. Umgekehrt schaffen Politik und gesellschaftliche Kontakte oft erst die Voraussetzung für geschäftliche Beziehungen. In diesem Umfeld bewegt sich der Ost-Ausschuss, der das Engagement deutscher Unternehmen in 22 Ländern Osteuropas flankiert, mit seinen Veranstaltungen Politik und Wirtschaft hochrangig vernetzt, den Modernisierungsprozess in Osteuropa durch Beratungsprogramme unterstützt und sich mit wirtschaftlichen Stipendienprogrammen und in der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch grenzüberschreitend für Nachwuchsförderung und Völkerverständigung engagiert.

Mit der Finanzierung der Russland- und Ukraine-Analysen setzen wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein klares Signal, dass Osteuropa ein entscheidender Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft bleibt und dass wir es uns nicht leisten können, Brücken dorthin abzubrechen. Wir wünschen der Redaktion eine weiter wachsende Leserschaft und den Lesern eine spannende Lektüre mit zahlreichen neuen Anregungen.

Prof. Dr. Klaus Mangold
Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Analyse

Russlands finanzielle Verwundbarkeiten

Von Richard Connolly, Birmingham

Zusammenfassung

Die globale Finanzkrise und der folgende Rückgang der globalen Wirtschaftsproduktion haben zu einer Verschlechterung der finanziellen Situation Russlands in allen Wirtschaftssektoren geführt. Um die russischen Finanzen schien es zu Beginn der Krise gut zu stehen; aber die starke Abhängigkeit von Rohstoffexporten und das hohe Niveau von Finanzaufströmen aus dem Ausland führten dazu, dass die Krise Russland sogar noch schwerer traf als andere Schwellenländer. Verschlechterte Bilanzen durch die gesamte russische Wirtschaft hindurch machen diese noch verwundbarer für zukünftige Schocks und können auch zukünftiges Wachstum einschränken.

Die globale Finanzkrise und die Finanzsituation Russlands

Nur wenige Länder sind nicht von der globalen Finanzkrise betroffen, die im August 2007 in den USA begann, sich dann weiter verbreitete und sich im September 2008 noch verschärfte. Russland hat sie allerdings besonders hart getroffen. Einige hat das angesichts der ausgesprochen guten Verfassung, in der sich Russland vor dem Ausbruch der Krise befand, überrascht. Im August 2008 hatte Russland neun Jahre in Folge wirtschaftliches Wachstum von jährlich durchschnittlich 7 % verzeichnet. Die Realeinkommen waren stark angestiegen. Die Regierung erzielte beständige Haushaltsüberschüsse, das Land erwirtschaftete insgesamt einen beträchtlichen Überschuss in seiner Außenbilanz, die Auslandsschulden der Regierung waren auf sehr niedrigem Niveau, der Umfang ausländischer Direktinvestitionen stieg und russische Firmen wurden im Ausland durchsetzungsfähiger und erwarben eine Reihe ausländischer Unternehmen in den verschiedensten Branchen. Der Preis von Russlands führendem Exportprodukt Erdöl war seit 2002 ununterbrochen gestiegen, was zu einer stetigen Aufwertung des Rubels geführt und dem Land zur Ansammlung von rund 590 Mrd. US-Dollar Währungsreserve verholfen hatte, den weltweit drittgrößten Reserven einer Zentralbank.

Angesichts dieser angenommenen ökonomischen Stärke ging die politische Elite Russlands davon aus, sich sowohl im eigenen Land als zunehmend auch auf internationalem Parkett durchsetzen zu können; diese Annahme kulminierte in dem kurzen Krieg im August 2008 in Georgien. Die russische Wirtschaft wurde sogar als so stark erachtet, dass der Ministerpräsident und ehemalige Präsident Wladimir Putin das Potential der globalen Krise, Russland ernsthaft zu treffen, anfangs mit einer Handbewegung abtat. Russland, so schien es, war kräftig genug, um den Auswirkungen der Turbu-

lenzen standzuhalten, die anderen Bereichen der Weltwirtschaft sehr zusetzten.

Ja, die Rohstoffpreise sind wichtig...

Russlands über fast ein Jahrzehnt andauerndes Wirtschaftswachstum hat jedoch einige ökonomische Schwachstellen kaschiert, die die Krise umgehend bloßgelegt hat. Nicht zuletzt war das die fortgesetzte russische Abhängigkeit von Rohstoffexporten, vor allem von Öl und Gas. Diese machten bis zu zwei Drittel der russischen Einnahmen aus dem Güterexport und etwa die Hälfte der Haushaltseinnahmen aus. Solange die Rohstoffpreise hoch waren, stellte das kein akutes Problem für die Regierung dar.

Der Anstieg des Weltmarktpreises für Erdöl führte zu einer Verbesserung der russischen Terms of Trade und zu einem Anstieg des Realwerts der Einkommen in sämtlichen Wirtschaftsbereichen: bei der Regierung, den Unternehmen und den privaten Haushalten. Nach seinem Höchststand von 137 US-Dollar pro Barrel Anfang Juli 2008 fiel der Preis für russisches (Ural-) Öl auf 34 US-Dollar pro Barrel Anfang Januar 2009, bevor er im August wieder auf fast 70 US-Dollar pro Barrel anstieg. Dementsprechend erfuhren Staatsfinanzen, Unternehmensgewinne und Einkommen der privaten Haushalte in Russland eine deutliche Schicksalswende.

Der Zusammenhang zwischen dem Verfall der Ölpreise – und Rohstoffen im allgemeinen – und der Verschlechterung der russischen Wirtschaft ist eindeutig. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums ist das Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte von 2009 – verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum – um 10,1 % gefallen. Die Bilanz des Staatshaushalts ist von einem Überschuss von über 5 % im Jahr 2007 auf ein erwartetes Defizit von 7,5 % im Jahr 2009 gefallen. Der Wechselkurs des Rubels verschlechterte sich dra-

matisch und die Devisenreserven der russischen Zentralbank sind von fast 600 Mrd. US-Dollar auf etwa 400 Mrd. US-Dollar im August 2009 zusammengeschrumpft.

... aber ein gestörtes finanzielles Gleichgewicht sollte nicht ignoriert werden

Russlands Abhängigkeit von den Rohstoffeinnahmen ist von beträchtlicher Bedeutung, um die Aussichten der russischen Wirtschaft einzuschätzen. Nichtsdestotrotz wird der Fokus der Aufmerksamkeit hier auf eine andere von der Krise bloßgelegte Schwachstelle gelegt, und zwar auf das finanzielle Wohlergehen der verschiedenen Sektoren, aus denen sich die russische Wirtschaft zusammensetzt. Das Einkommen aus den Rohstoffexporten bestimmt natürlich in signifikanter Weise das Wohlergehen eines Großteils der russischen Wirtschaft. In diesem Sinne sollte die Rolle der Rohstoffpreise nicht abgetan werden. Doch bei aller Bedeutsamkeit der Rohstoffpreise für das Verständnis der russischen Wirtschaft ist auch die Anerkennung der Bedeutung von Finanzindikatoren wichtig, um zu prognostizieren (a), ob und in welchem Ausmaß Russland durch weitere Turbulenzen der Weltwirtschaft verwundbar ist und (b), welchen Weg die russische Wirtschaft einschlagen wird, wenn die Krise abklingt. Bevor untersucht wird, inwiefern sich Russlands finanzielle Schwachstellen vergrößert haben, ist es nötig, kurz einen analytischen Rahmen einzuführen, anhand dessen diese Schwachstellen ausgemacht werden können.

Konten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Um das Ausmaß der finanziellen Schwachstellen eines Landes abzuschätzen, ist es hilfreich, auf die Konten im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Bezug zu nehmen. Hier wird davon ausgegangen, dass die Volkswirtschaft eines Landes als ein aus den Konten (Bilanzen) ihrer sämtlichen Akteure zusammengesetztes System analysiert werden kann, um finanzielle Schwachstellen zu identifizieren. Zunächst werden die Finanzströme, die im Verlauf einer bestimmten Zeit stattfinden, berücksichtigt, etwa Einnahmen aus Produktion, Steuerzahlungen und Kapitalströme. In die Analyse werden jedoch auch die Finanzbestände einbezogen, also Anlagegüter und Verbindlichkeiten. Beide Aspekte sind natürlich eng miteinander verbunden: Die Differenz des Finanzbestandes zu zwei Zeitpunkten hängt von den Finanzströmen ab, die zwischen diesen Zeitpunkten stattfinden. Dieses gedankliche Modell befähigt den Analysten zur Einschätzung des Risikos, das

durch ein Missverhältnis zwischen Schulden und Vermögen eines Landes entsteht. Zwei Länder können das gleiche Schulden-BIP-Verhältnis aufweisen; der Grad ihrer Verwundbarkeit ergibt sich daraus, ob die Schulden des Landes kurz- oder langfristig sind und daraus, ob sie in ausländischer oder in eigener Währung aufgenommen wurden.

Besonders wichtig ist es, zwischen den zentralen Sektoren jeder Volkswirtschaft zu unterscheiden: dem Staat (einschließlich der Zentralbank), dem privaten Finanzsektor (hauptsächlich Banken) und dem nicht-finanziellen Sektor (Unternehmen und private Haushalte). Jeder Sektor hat Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber jedem anderen sowie gegenüber dem Ausland. Wenn die Forderungen und Verbindlichkeiten aller nationalen Sektoren in die nationale Bilanz konsolidiert werden, bleibt die Position gegenüber dem Ausland über. In Zeiten ökonomischer Krisen können massive Veränderungen in den Bilanzen sämtlicher Sektoren sehr schnell verlaufen. So kann beispielsweise der Zahlungsverzug bei Hypothekenschulden der privaten Haushalte eine Verschlechterung der Bilanzen im privaten Finanzsektor nach sich ziehen. Das wiederum kann zu staatlichen Rettungsaktionen führen, die dann die Schulden reduzieren und/oder das Vermögen der Banken erhöhen würden – bei einem gleichzeitigen Anwachsen der Staatsverschuldung.

Russland vor der Krise

In der Periode vor der globalen Finanzkrise nahmen sich in Russland die Richtung der Finanzströme und die allgemeine makroökonomische Situation günstig aus. Neun Jahre starken Wachstums auf der Grundlage der Rohstoffexporte führten zu regelmäßigen Überschüssen im Staatshaushalt und zu positiven Leistungsbilanzen. Die finanzielle Situation der russischen Regierung hatte sich seit der Krise von 1998 massiv verbessert. Ein großer Teil der unverhofften Einnahmen aus den hohen Rohstoffpreisen ging in den Russischen Reservefonds und den kleineren Nationalen Wohlfonds ein, wo ein beträchtliches Polster gegen plötzliche wirtschaftliche Schocks gebildet wurde. Solange die Rohstoffpreise hoch waren, konnte die Regierung durchaus zu Recht von niedrigeren Ausgaben als Einnahmen ausgehen. Durch die relativ konservative Finanzpolitik war die Schuldenlast des Staates von 63 % des BIP im Jahr 2000 auf unter 10 % im Jahre 2008 gesunken. Obwohl fast die Hälfte dieser Schulden auf fremde Währungen lautete, lieferte ihr geringer Gesamtwert wenig Grund zur Sorge.

Das Wachstum der inländischen Kredite, das sich von einer Wachstumsrate von 15 % im Jahr 2000 auf

44 % im Jahr 2004 beschleunigt hatte, begann sich 2008 zu verlangsamen. Auch wenn diese Wachstumsraten beachtlich waren, so lag das gesamte inländische Kreditvolumen immer noch nur bei einem Wert von unter 25 % des BIP. Der Kreditboom in Russland war also nicht so extrem wie in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas. Zudem machten Baufinanzierungen 2007 nur 20 % der gesamten an private Haushalte vergebenen Kredite aus. Im internationalen Vergleich ist das ein moderater Wert. In der Tat wuchs die einheimische Kreditvergabe an private Haushalte insgesamt von kaum einem Prozent des BIPs im Jahr 2002 auf den immer noch geringen Wert von 9 % im Jahr 2007 an. Im Unterschied zu anderen sich entwickelnden Volkswirtschaften (und einigen fortgeschrittenen) fußte die Periode des wirtschaftlichen Wachstums in Russland nicht auf einem kurzfristigen Boom der Kreditvergabe an russische Haushalte. Das relativ unterentwickelte russische Bankensystem hat die Entwicklung der einheimischen Nachfrage eher beschränkt, als dass es zu einer Kreditblase beigetragen hätte. Eine gewisse Relevanz hatte der Fremdwährungsanteil von rund einem Fünftel bei den Baufinanzierungen. Während dies im Fall einer Abwertung des Rubels zwar von Belang für die Kreditnehmer ist, ist der Anteil der Fremdwährungskredite an der Gesamtkreditaufnahme der russischen Privathaushalte jedoch vergleichsweise gering.

Richtung und Größenordnung der Finanzflüsse im Unternehmens- und Finanzsektor unterschieden sich vor 2008 insgesamt sehr deutlich von der Lage der privaten Haushalte. Während der Staat Überschüsse erwirtschaftete und Schulden zurückzahlte und die Kreditvergabe an die Privathaushalte aufgrund des unterentwickelten Finanzsystems begrenzt war, erhöhten große russische Unternehmen und Banken – viele von ihnen eng mit dem Staat verbunden – die jährliche Kreditaufnahme beträchtlich, wobei russische Firmen auch nicht zögerten, Kredite im Ausland und in fremder Währung aufzunehmen. Die positiven Terms of Trade, derer sich Russland vor 2008 erfreute, trugen unter den ausländischen Schuldnern zu einem verbesserten Ruf der russischen Firmen in Bezug auf deren Fähigkeit zur Schuldentrückzahlung bei. Darüber hinaus stiegen mit dem besseren Ruf der russischen Unternehmen bei den Investoren auch die Zuflüsse ausländischen Kapitals, was einen Boom bei den russischen Börsen auslöste. Der gestiegene Börsenwert russischer Unternehmen förderte dann sowohl eine spekulative Blase an der Börse als auch die weitere Kreditaufnahme der russischen Unternehmen. Einige von Russlands wertvollen »strategischen« Unternehmen aus der Rohstoffindustrie verpfändeten

Wertpapiere als Sicherheiten ihrer Auslandskredite. Die Gesamtmenge der von den Unternehmen aufgenommenen ausländischen Unternehmenskredite erreichte im Juni 2008 insgesamt 307 Mrd. US-Dollar, was etwa 25 % des BIP entsprach. Die vom Bankensektor aufgenommenen Kredite verstärkten diese Tendenzen. Die russischen Banken nahmen bis Juni 2008 ausländische Kredite in Höhe von fast 200 Mrd. US-Dollar auf (etwa 15 %), um entweder Kredite an den Unternehmenssektor zu geben oder an der Börse zu spekulieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bilanzen der verschiedenen russischen Sektoren vor dem Ausbruch der Krise im Vergleich mit den meisten anderen sich entwickelnden Volkswirtschaften günstig aussahen. Die gesamten Auslandsschulden machten nur etwa ein Drittel des BIP aus und waren durch die staatlichen Devisenreserven mehr als abgedeckt. Besonders der Staatssektor schien sich bester Gesundheit zu erfreuen und die Privathaushalte hatte die Kreditaufnahme nicht auf ein unbesonnenes Maß hinaufgeschraubt. Die hohen Rohstoffpreise und die vermeintliche Finanzkraft des Staates generierten eine gewisse Hybris im russischen Unternehmens- und Bankensektor; die Verschuldung schien angesichts des damaligen Wechselkurses, der die großen Rohstoffeinnahmen begleitete, mäßig zu sein; diese Sektoren waren jedoch verwundbar durch jede Wechselkursabwertung und/oder reduzierte Exporteinnahmen, die mit einem Terms of Trade-Schock einhergehen würden. Diese Schwachstellen wurden in dem Moment bloßgelegt, in dem russische Truppen die georgischen Streitkräfte angriffen.

Die Krise

In Russland setzten der Abzug der privaten Investitionen und der massive Abbau der Währungsreserven bereits vor dem Kollaps von Lehman Brothers ein. Der Ausbruch der Kämpfe zwischen russischen und georgischen Streitkräften im August und die heftige Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident Vladimir Putin und Mechel, einem der größten russischen Stahlproduzenten, verunsicherten die Investoren bereits vor dem Zusammenbruch der internationalen Kapitalmärkte. Es war jedoch der steile Abfall der Rohstoffpreise im Gefolge des Vertrauensschwunds an den internationalen Börsen im September, der den gravierendsten Kapitalabzug aus Russland auslöste. Dieser korrespondierte wiederum mit einer Abwertung des Rubels von dem von der russischen Zentralbank im Sommer 2008 vorgegebenen Kurs von etwa 25 Rubel pro Dollar auf über 36 Rubel pro Dollar im März 2009. Die russischen Devisenreserven verringerten sich um etwa 200 Mrd. US-

Dollar als die russische Regierung versuchte, gleichzeitig den Rubel zu verteidigen und den Staatshaushalt zu stützen. Der vielleicht wichtigste Effekt dieser Abwertung ist aber, dass sich die Last der russischen Auslandsschulden in genau dem Moment erhöhte, in dem die Realeinkommen – als Folge des durch den Fall der Rohstoffpreise ausgelösten Terms of Trade-Schocks – sanken. Russland erlebte außerdem eine der massivsten Rezessionen der größten Volkswirtschaften: die industrielle Produktion stürzte ab; die Realeinkommen fielen; die Arbeitslosigkeit stieg; Unternehmensgewinne schmolzen dahin; und nichtstaatliche Investitionen brachen zusammen. Die Konsequenzen der Krise für die einzelnen Sektoren der russischen Volkswirtschaft werden im Folgenden kurz ausgeführt.

Die privaten Haushalte befanden sich beim Ausbruch der Krise in einer relativ guten Verfassung. Ihre Verschuldung war moderat geblieben; die Schuldenaufnahme fand nicht auf einem mit anderen sich entwickelnden Volkswirtschaften vergleichbaren Niveau statt. Der Konkurs vieler kleinerer russischer Banken führte jedoch im Verbund mit den verschlechterten Bilanzen vieler der größeren Banken zu einer drastischen Einschränkung der Kreditvergabe an Privathaushalte. Zudem verursachten die gestiegene Arbeitslosigkeit und die gefallen Realeinkommen geringere Zahlungsfähigkeit der Privathaushalte. Das führte zu einem Druck auf die Bilanzen der anderen drei Sektoren der russischen Wirtschaft in Form niedrigerer Nachfrage nach Waren russischer Firmen, Zahlungsverzügen bei Kreditrückzahlungen, niedrigeren Steuereinnahmen und höheren Ausgaben für Transferleistungen aus dem Staatshaushalt.

Aufgrund ihrer Abhängigkeit von ausländischen Kreditgebern haben sich der Finanz- und der Unternehmenssektor in der Krise als extrem verwundbar erwiesen. Der Realwert der Auslandsschuld stieg mit der Abwertung des Rubels an. Am Ende des zweiten Quartals 2009 wurde die gesamte Auslandsschuld auf 475 Mrd. US-Dollar geschätzt, von denen 294 Mrd. Unternehmensschulden und 142 Mrd. Schulden der Banken waren. Für den Bankensektor werden davon 58 Mrd. bis April 2011 fällig, der Unternehmenssektor muss bis dahin 148 Mrd. zurückzahlen. Aufgrund der weitgehenden Einstellung von Kapitalflüssen in sich entwickelnde Volkswirtschaften seit dem Ausbruch der Krise sind die Aussichten auf eine Überwälzung dieser Schulden durch erneute Kreditaufnahme unsicher. Angesichts geringerer Einnahmen entstehen im Zusammenhang mit der Schuldentrückzahlung durch Banken und Unternehmen nicht nur Zweifel an deren Liquidität; es verringert sich auch

der Betrag, der in die Wirtschaft rückinvestiert oder an Privathaushalte verliehen werden kann. Dadurch erhöht sich der Druck auf die Privathaushalte, was wiederum niedrigere Einnahmen und fortgesetzte Zahlungsverzögerungen nach sich ziehen kann. Auch die anhaltende Schwäche der russischen Aktienmärkte spielt für die russischen Banken und auch die Unternehmen eine äußerst wichtige Rolle. Wenn die Aktienkurse niedrig bleiben, werden die Bilanzen beider Sektoren weiterhin belastet. Das Eingreifen der Regierung hat die größten Banken und Unternehmen gerettet, kleinere Banken und Unternehmen profitieren von ihr allerdings nicht.

Der Staat schließlich hat an diesem Punkt der Krise die vielleicht schärfste Schicksalswende erfahren. Da ein großer Teil der Schulden im russischen Unternehmens- und Bankensektor entweder von (a) Unternehmen mit engen Verbindungen zum Staat oder von (b) »strategischen« Unternehmen, denen der Staat seine Hilfe nicht verweigern konnte, aufgenommen worden war, waren ein Großteil der russischen Auslandsschulden de facto Schulden der russischen Regierung. Die Schätzungen dazu gehen auseinander, die russische Regierung hat sich jedoch bisher dazu verpflichtet, über 200 Mrd. US-Dollar in kurz- und langfristigem Kapital als Ersatz für private Kreditaufnahmen im Ausland bereitzustellen. Der Nationale Wohlfonds stellte dem russischen Bankensektor Kapital zur Verfügung, der Reservefonds wurde zur Stützung des Haushalts angesichts der dramatisch gestiegenen Ausgaben verwendet. Nach derzeitigen Plänen für den Staatshaushalt werden beide Fonds bis Ende 2010 erheblich abgebaut werden. Der Anteil der Auslandsschulden am BIP – von denen nur ein kleiner Teil tatsächlich, ein Großteil aber indirekt Staatsschulden sind – hat sich nur marginal verringert und das, obwohl Russland seit dem Beginn der Krise schneller Rückzahlungen geleistet hat als irgendein anderes Land im Berichtsgebiet der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich). Vielleicht noch bedeutsamer ist, dass die Devisenreserven nicht mehr zur Abdeckung der gesamten russischen Auslandsschuld ausreichen. Das sollte jedoch nicht zu dramatisch gesehen werden, denn der Anteil der kurzfristigen Schulden (d. h. derjenigen, die nächstes Jahr fällig werden) ist nicht beunruhigend hoch. Er zeigt aber doch eine deutliche Trendwende seit Beginn der Krise.

Folgen der finanziellen Verwundbarkeiten Russlands

Die weltweite Finanzkrise und der aus ihr resultierende Preisverfall bei Rohstoffen, ein drastischer Rückgang der grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen

und die dadurch verursachte starke Rezession in Russland haben sämtlich zu einer beträchtlichen Verschlechterung der Bilanzen jedes einzelnen Sektors der russischen Wirtschaft beigetragen. Entsprechend verwundbar durch jede Art von weiteren internationalen Wirtschaftsturbulenzen ist Russland nun und auch ohne jeden weiteren externen Schock ist es möglich, dass die schlechten Bilanzen Wachstumsaussichten nach der Krise zunichte machen. Im wesentlichen lassen sich drei Konsequenzen der schlechten finanziellen Lage Russlands feststellen.

Zum ersten sind es wie immer die Rohstoffpreise, die von ausschlaggebender Bedeutung für das finanzielle Wohlergehen der russischen Wirtschaft sind. Höhere Rohstoffpreise verbessern Russlands Terms of Trade und erhöhen die Staatseinnahmen, die Profite des Unternehmens- und des Bankensektors und das den Privathaushalten zur Verfügung stehende Einkommen. Weil sich die Bilanzen im letzten Jahr verschlechtert haben, müssen die Rohstoffpreise jedoch erst wieder ein hohes Niveau erreichen und auch halten, damit sich die Bilanzen wieder annähernd auf das Vor-Krisen-Niveau zubewegen können. Das wird allerdings einige Zeit dauern.

Angesichts der anscheinend stabilisierten Situation bei der ausländischen Verschuldung sind es zweitens die Finanzströme zwischen den einzelnen Sektoren der russischen Wirtschaft, die wohl am ehesten Anlass zur Sorge bereiten; der Anstieg von Zahlungsrückständen zwischen einzelnen Unternehmen, Kreditausfälle und Nichtzahlung in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft rufen allgemein betrachtet das Schreckgespenst

der Demonetarisierung hervor, die katastrophale Konsequenzen für das Bankensystem, die Steuereinnahmen des Staates und das gesamte Wirtschaftsleben nach sich ziehen würde. Schuldenabbau, der bis zu einem gewissen Grad erstrebenswert ist, sollte also allmählich stattfinden und nicht ohne Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen durchgezogen werden. In dieser Hinsicht ist der kleiner werdende finanzielle Spielraum des Staates Grund zur Sorge. Bisher war der Staat in der Lage, enorme finanzielle Mittel zur Bekämpfung der Krise bereitzustellen; sollte die Notwendigkeit erneut entstehen, wird er dazu in unmittelbarer Zukunft nicht mehr in der Lage sein.

Drittens werden die verschlechterten Bilanzen die Aussichten auf zukünftiges Wirtschaftswachstum wohl einschränken – selbst wenn die Rohstoffpreise sich wieder auf dem Niveau von 2005 stabilisieren sollten. Der Unternehmens- und der Finanzsektor haben zwischen 2005 und 2008 in unvernünftigem Maß Kredite aufgenommen und selbst ein noch so zurückhaltender Rückzahlungsprozess wird sich einschränkend auf Investitionen und die Gewährung von Krediten auswirken. Zudem wurde viel Wind um den Plan des Wirtschaftsministeriums zur Diversifizierung und Modernisierung der Wirtschaft bis 2020 gemacht. Dieser Plan baut auf der Verwendung staatlicher Mittel auf, die in naher Zukunft – wie es aussieht – ganz einfach nicht existieren werden. Und ohne diese Diversifizierung wird Russland weiterhin von den Rohstoffeinnahmen abhängig bleiben.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Richard Connolly ist CEELBAS Research Fellow am Centre for Russian and East European Studies an der University of Birmingham. Zu seinen Forschungsinteressen zählen die politische Ökonomie Russlands und die Rolle des Staates bei der Förderung wirtschaftlicher Modernisierung.

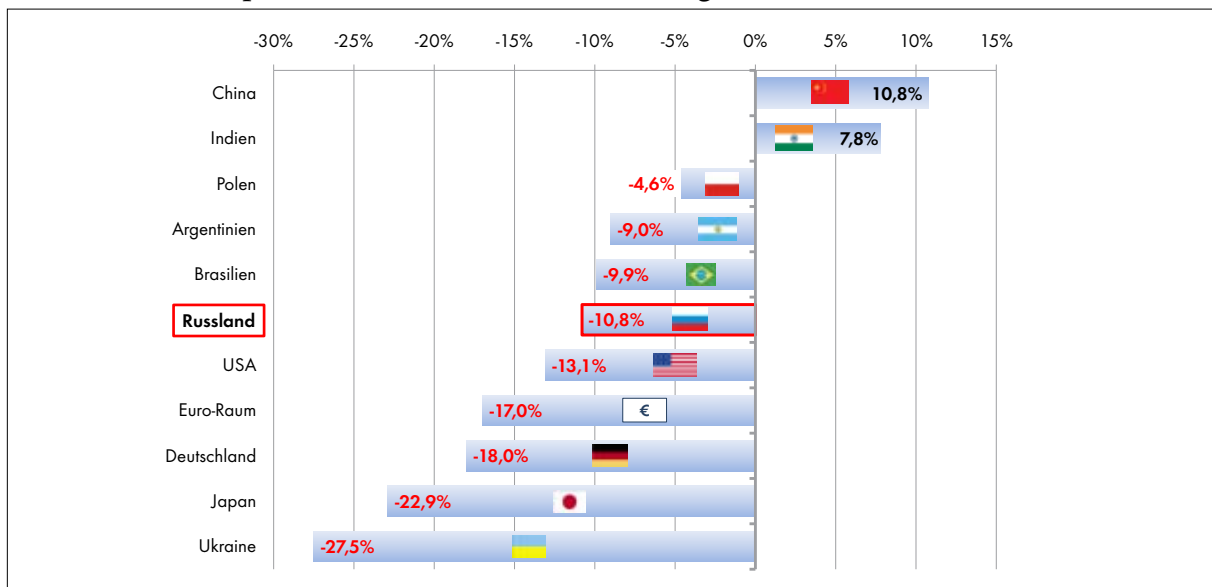
Lesetipp:

Eine vergleichende Analyse der finanziellen Verwundbarkeit für 20 post-sozialistische Staaten bietet der Autor in: Richard Connolly: Financial vulnerabilities in Emerging Europe: An overview, BOFIT Online Paper 3/2009, im Internet kostenlos abrufbar unter

<http://www.bofi.fi/NR/rdonlyres/BA4C9028-D69D-45CB-ABF1-140ECB129E4C/0/bon0309.pdf>

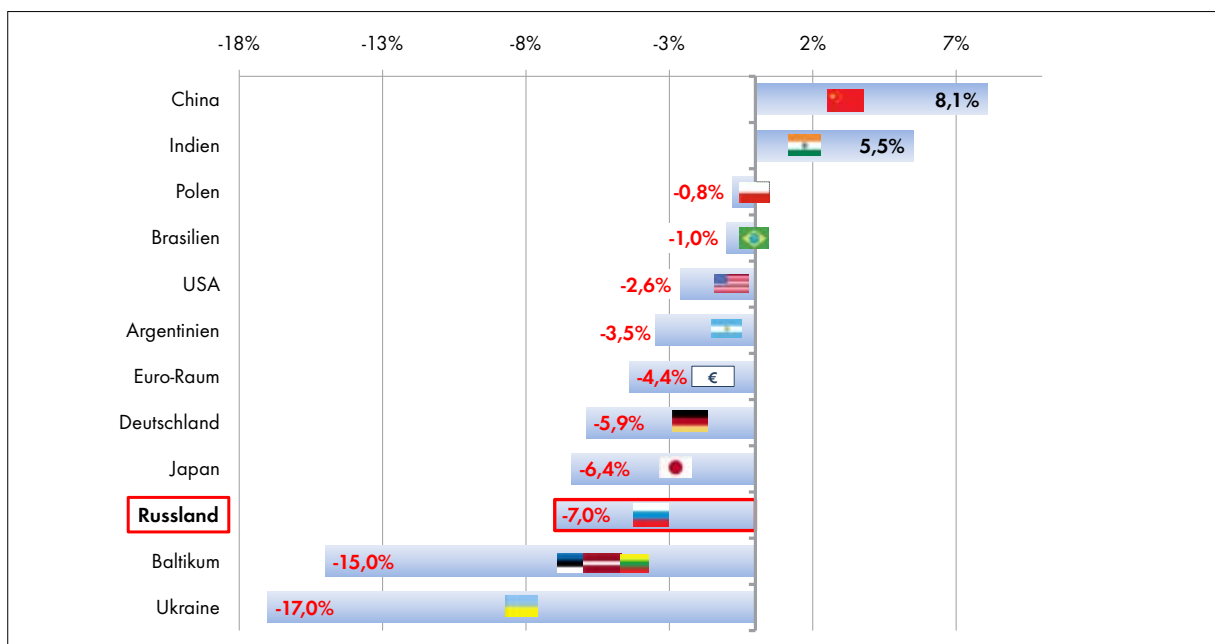
Statistik

Russlands aktuelle Wirtschaftsdaten im internationalen Vergleich

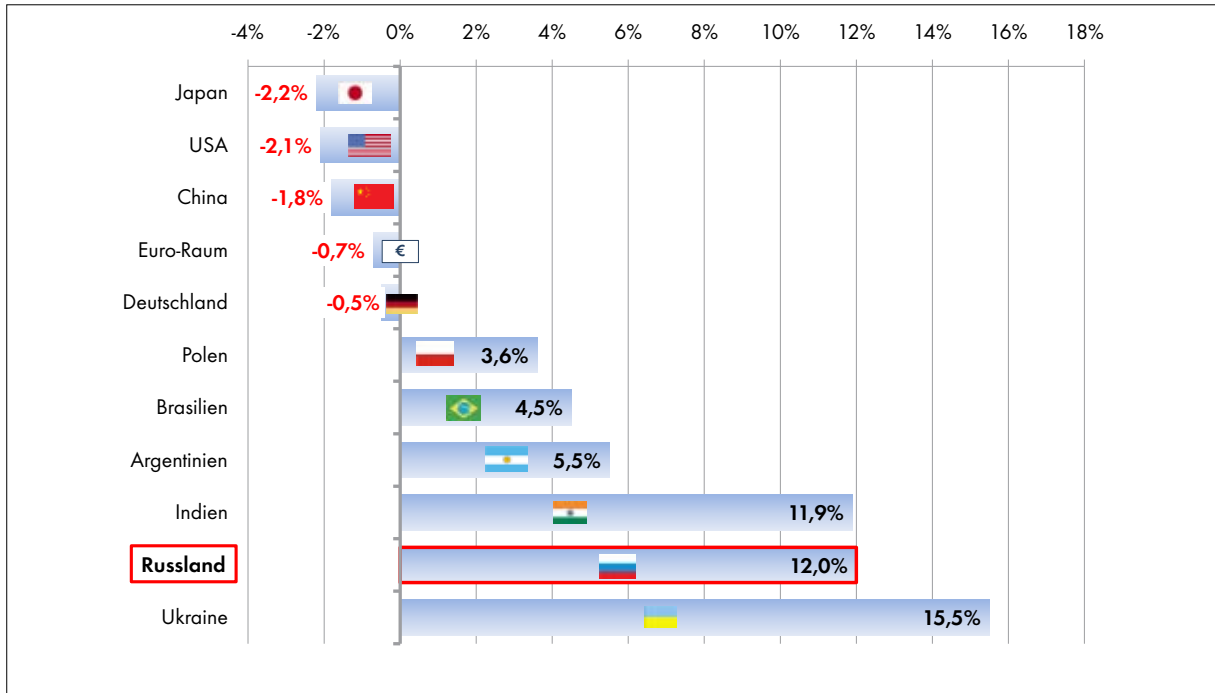
Grafik 1: Industrieproduktion (Juli 2009) (Veränderung zum Juli 2008 in Prozent)


Anmerkung: Für Indien, den Euro-Raum, Deutschland und die Ukraine ist der Juniwert angegeben.

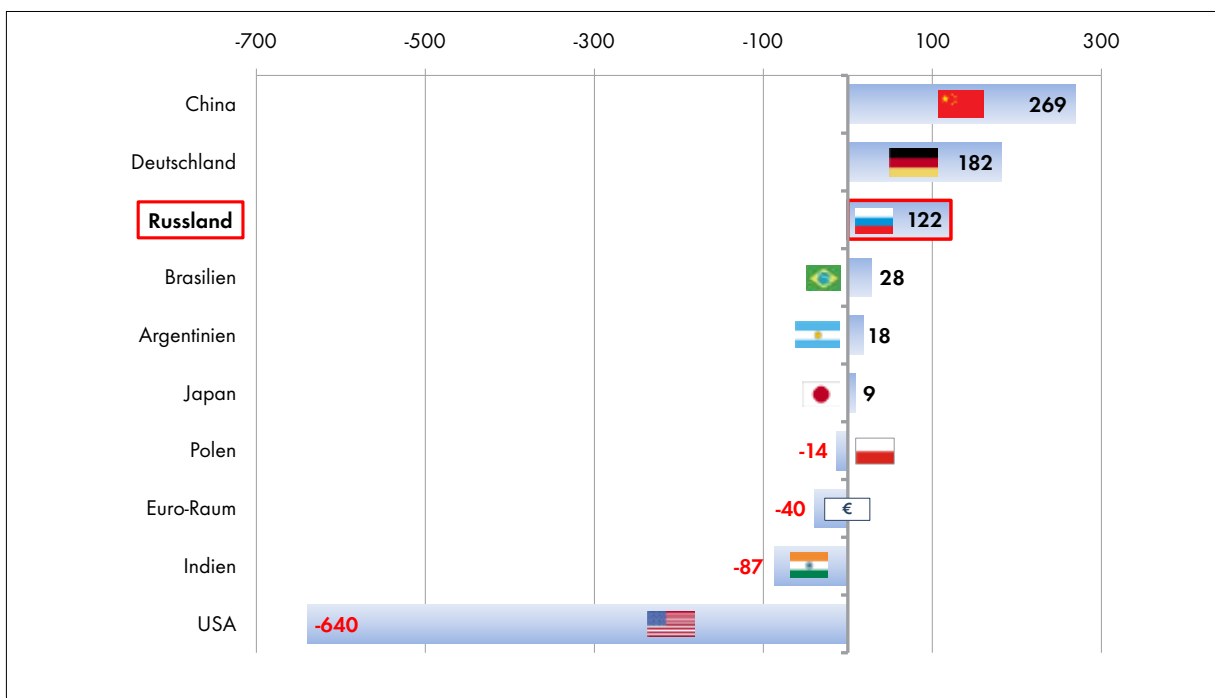
Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 2: BIP-Prognose 2009 des Economist


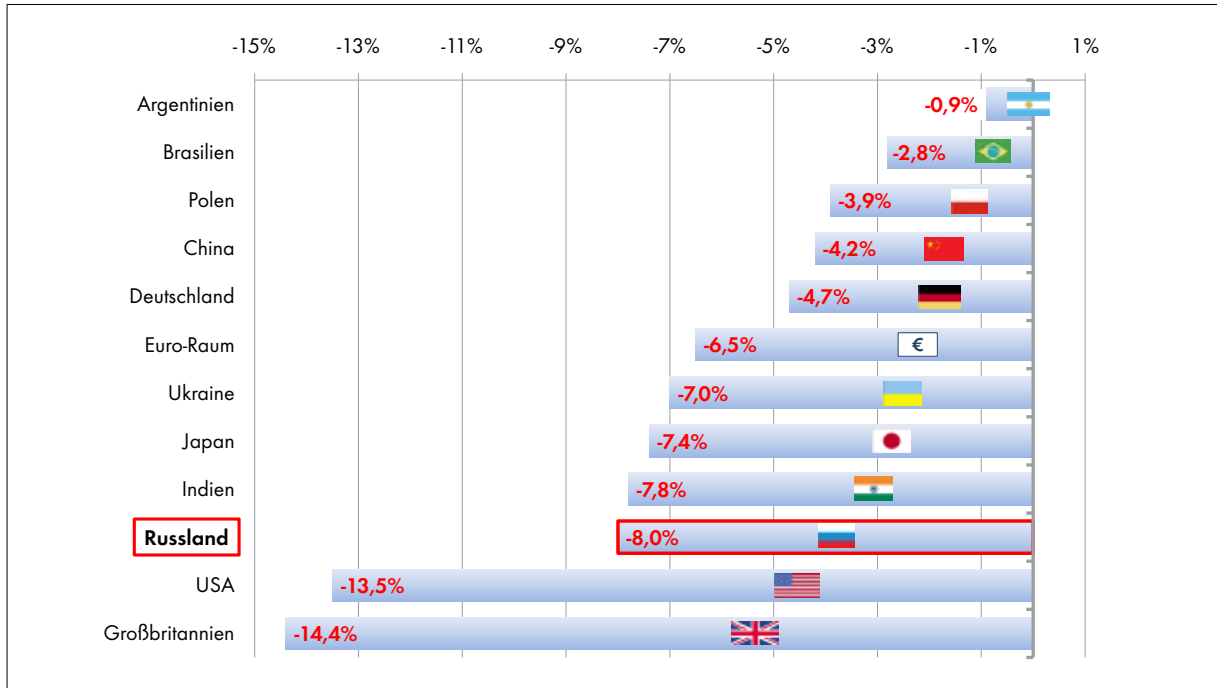
Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 3: Inflationsrate (Juli 2009, Konsumentenpreise)


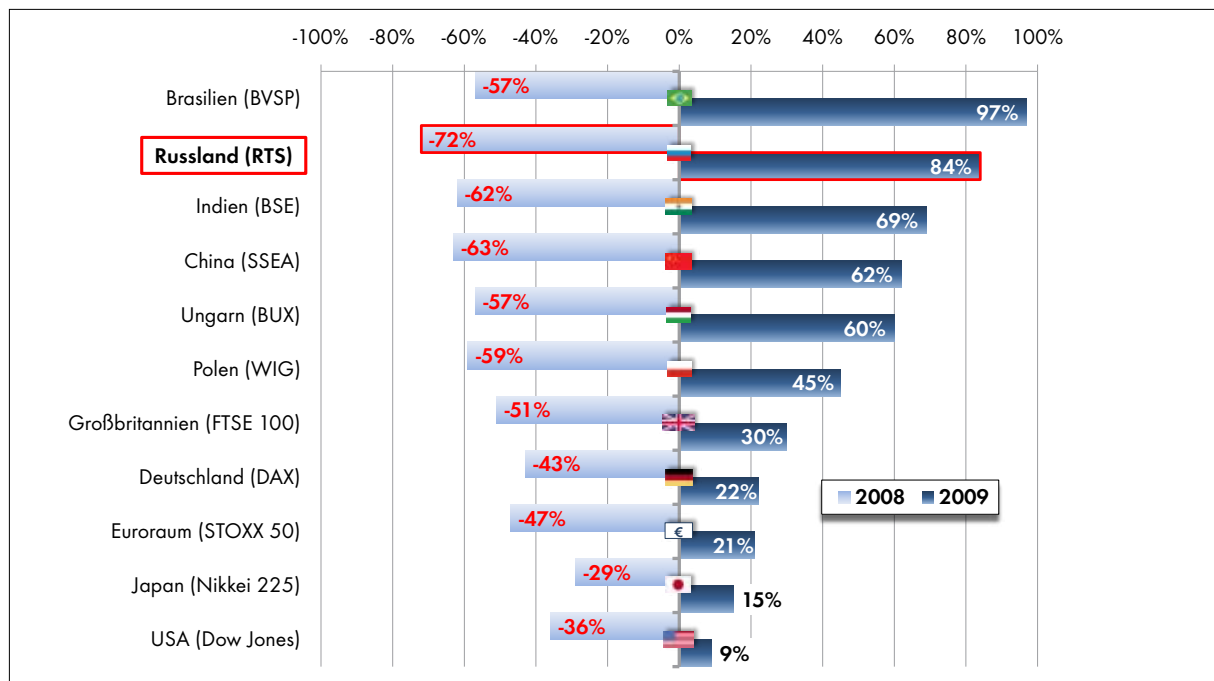
Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 4: Handelsbilanz (letzte 12 Monate, Warenhandel in Mrd. US-Dollar)


Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 5: Saldo des Staatshaushalts, Prognose 2009 des Economist (als Anteil am BIP)


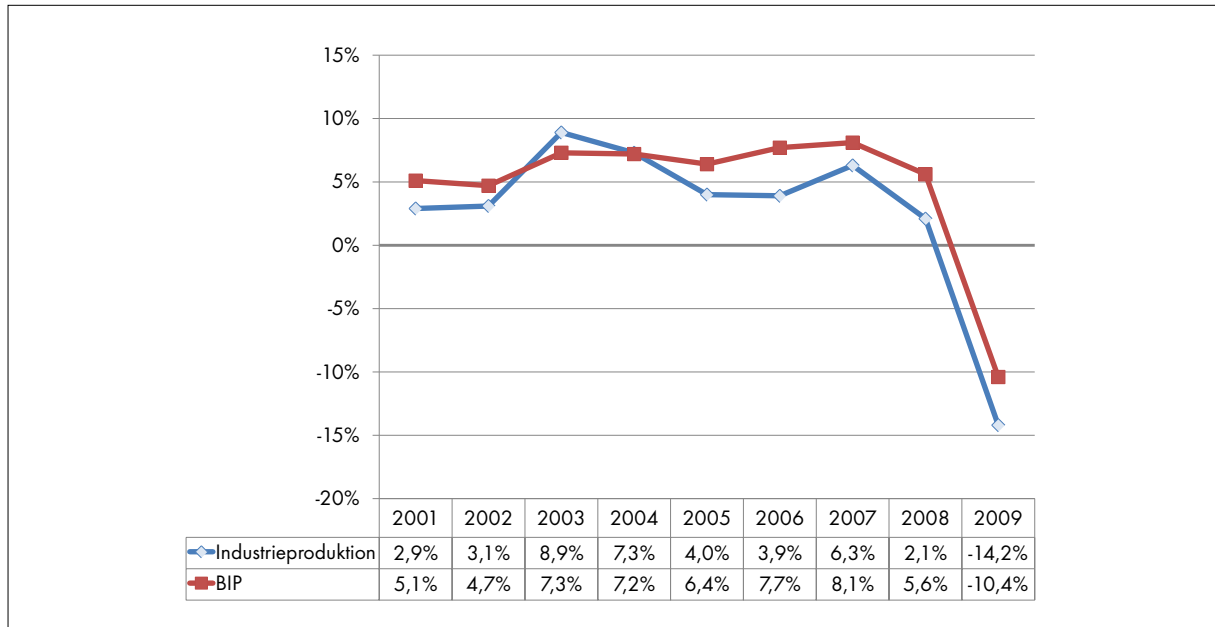
Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 6: Börsenentwicklung 2008 und 2009 (zentraler Index in US-Dollar, Stand: 9.9.2009)


Quelle: Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Russlands Wirtschaftsentwicklung seit 2001

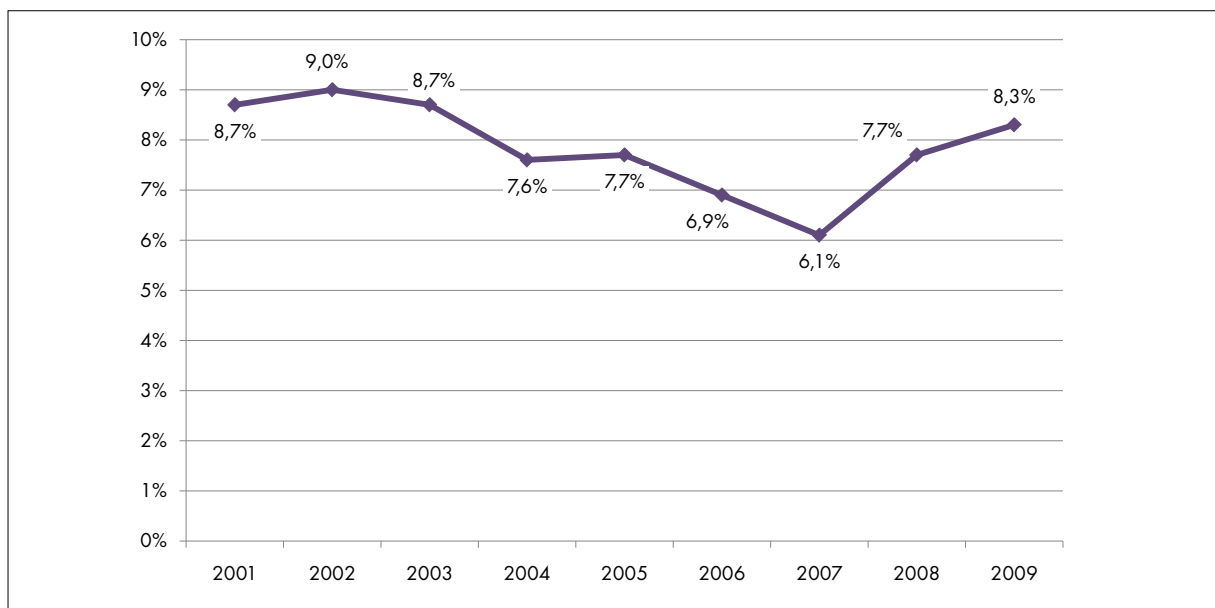
Grafik 1: BIP und Industrieproduktion 2001–2009 (Veränderung zum Vorjahr in %)



Anmerkung: Der Wert für 2009 bezieht sich beim BIP auf den Zeitraum Januar bis Juni und bei der Industrieproduktion auf Januar bis Juli.

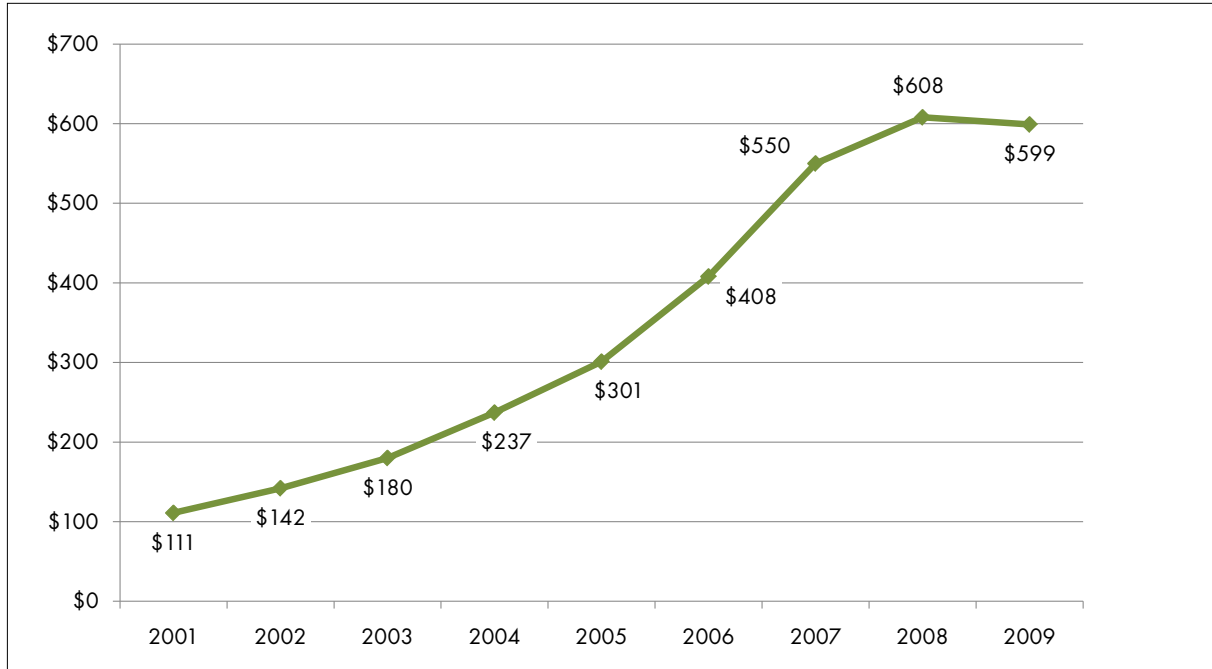
Quelle: Staatlicher Russischer Dienst für Statistik (Rosstat), www.gks.ru

Grafik 2: Arbeitslosenquote in Russland (ILO-Methode, zum Jahresende)



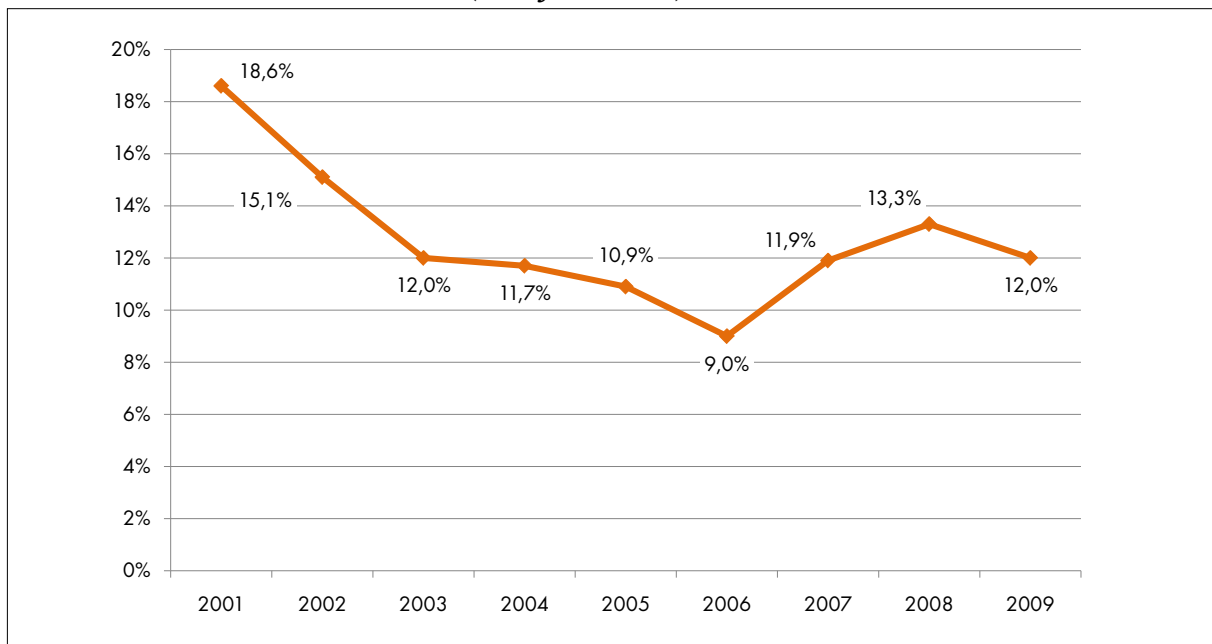
Anmerkung: Für 2009 wird der Juliwert wiedergegeben. Die russische Statistik erfasst nur die offiziell als arbeitslos registrierten. Die ILO-Methode erfasst umfragebasiert alle de facto Arbeitslosen.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 3: Russischer Durchschnittslohn (pro Monat, in US-Dollar)


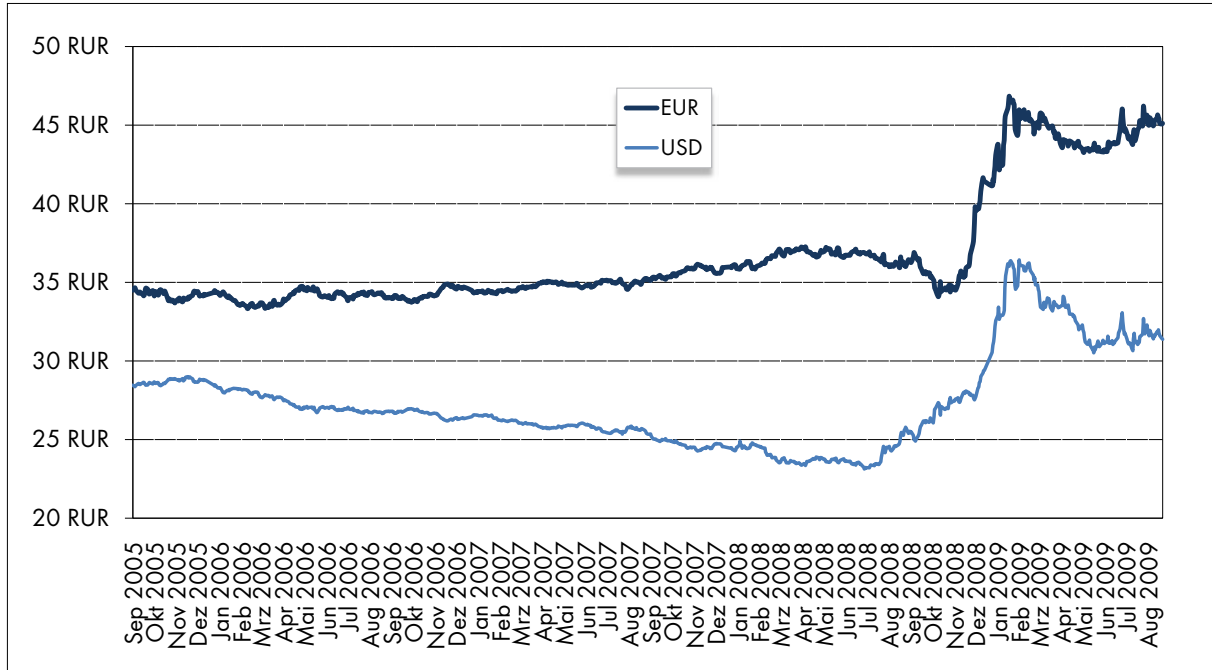
Anmerkung: Der Wert für 2009 bezieht sich auf Januar bis Juli.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

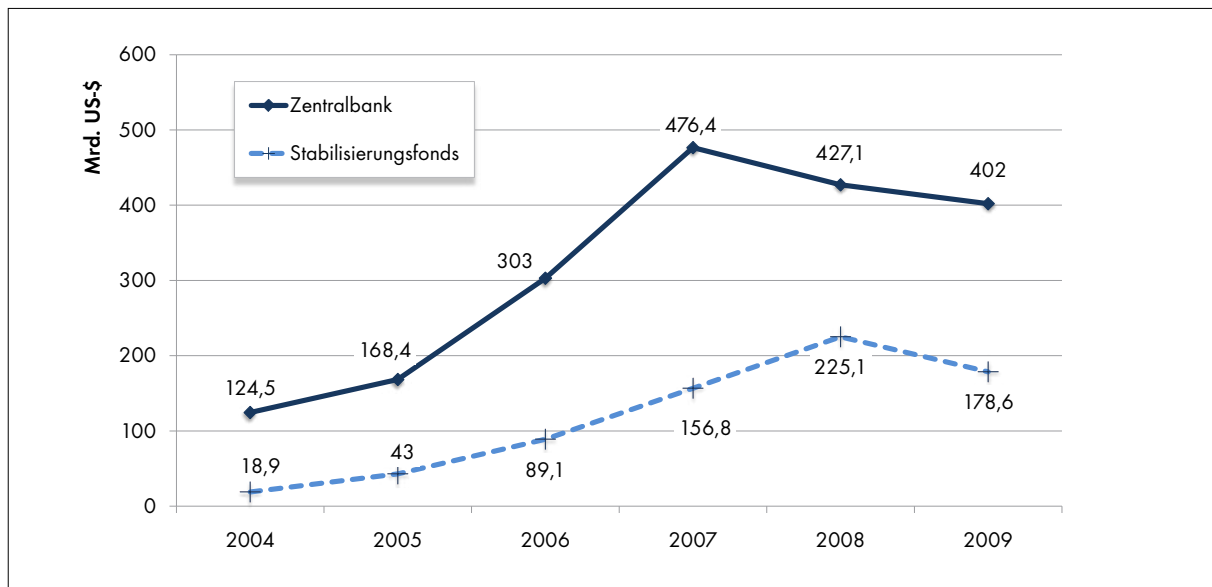
Grafik 4: Inflationsrate in Russland (zum Jahresende)


Anmerkung: Für 2009 wird der Juliwert wiedergegeben.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 5: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro 2005–2009


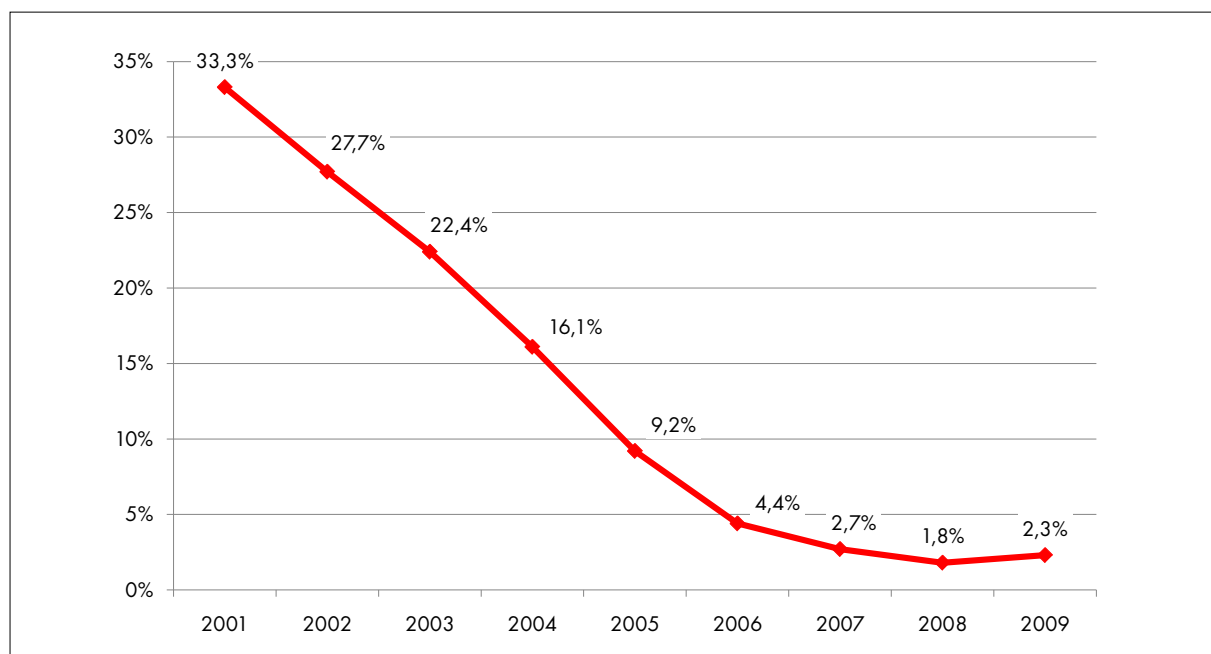
Quelle: Russische Zentralbank, http://www.cbr.ru/currency_base/dynamics.asp

Grafik 6: Devisenreserven der russischen Zentralbank und Vermögen des staatlichen Stabilisierungsfonds (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)


Anmerkungen: Für 2009 wird der Juliwert wiedergegeben; der Stabilisierungsfonds ist seit 2008 der Reservefonds und der Nationale Wohlfonds; die Devisenreserven der Zentralbank enthalten auch die Goldreserven.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 7: Staatliche Auslandsverschuldung (zum Jahresende, in % des BIP)



Anmerkung: Der Wert für 2009 bezieht sich auf das 1. Quartal.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, http://www.bof.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Analyse

Russische Direktinvestitionen im Ausland. Weiterer Anstieg trotz der globalen Krise

Von Peeter Vahtra, Turku

Zusammenfassung

Inmitten des weltweiten Rückgangs der ausländischen Direktinvestitionen sind nur noch sehr wenige Länder Ursprung wachsender ausländischer Direktinvestitionen. Sehr bemerkenswert ist vor allem der Anstieg ausländischer Direktinvestitionen, den Russland und China im Verlauf des Jahres 2008 und auch Anfang 2009 noch zu vermeiden hatten. Der Trend ständig ansteigender Direktinvestitionen im Ausland zeigt die wachsende Priorität, die die russischen multinationalen Firmen ihrer weitere Internationalisierung geben. Deutschland ist in letzter Zeit eines der beliebtesten Zielländer russischer Investitionen.

Einleitung

Die bereits gut ein Jahr dauernde globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat unmittelbare negative Konsequenzen für die multinationalen Unternehmen. Nach fast einem Jahrzehnt stetigen Wachstums gingen die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen deshalb in eine Phase der Rezession über. Es wurden nicht nur viele der neuen internationalen Investitionsprojekte gestoppt; in Reaktion auf das sich verändernde wirtschaftliche Umfeld versuchten die multinationalen Unternehmen auch, sich aus bereits existierenden Investitionsprojekten und internationalen Tochtergesellschaften zurückzuziehen.

Inmitten des weltweiten Rückgangs der ausländischen Direktinvestitionen sind nur noch sehr wenige Länder Ursprung wachsender ausländischer Direktinvestitionen. Sehr bemerkenswert ist vor allem der Anstieg ausländischer Direktinvestitionen, den Russland und China im Verlauf des Jahres 2008 und auch Anfang 2009 noch zu vermeiden hatten – er stellt eine beachtliche Abweichung vom weltweiten Trend bei den ausländischen Direktinvestitionen dar.

Trotz des größeren Anstiegs der chinesischen Auslandsdirektinvestitionen im Jahr 2008 übertreffen die russischen die der asiatischen Wirtschaft immer noch sowohl im Jahresvolumen als auch im akkumulierten Umfang. Obwohl die multinationalen Unternehmen mit Sitz in Russland – wie alle Großkonzerne – 2008 einen erheblichen Wertverlust ihrer internationalen Aktiva hinnehmen mussten, wachsen die Direktinvestitionen aus Russland auch nach Beginn der weltweiten Wirtschaftskrise weiter. Der Trend ständig ansteigender Direktinvestitionen im Ausland zeigt die wachsende Priorität, die die russischen multinationalen Firmen ihrer weiteren Internationalisierung geben.

Seit dem Beginn der post-sozialistischen Wirtschaftsreformen weist Russland unter den Transformationsländern das günstigste Verhältnis von eingehenden zu ausgehenden ausländischen Direktinvestitionen auf. Nach dem zwar noch relativ moderaten aber beständigen jährlichen Wachstum von um die 10 % in den 1990er Jahren schossen die Direktinvestitionen aus Russland in den folgenden Jahren steil in die Höhe – zwischen 2000 und 2007 wuchsen sie um mehr als das zehnfache.

Trotz einer Verlangsamung im Jahr 2008 war Russland weiterhin unter den wenigen Volkswirtschaften der Welt, die inmitten der weltweiten Wirtschaftskrise noch immer wachsende Zahlen für Direktinvestitionen im Ausland vermelden konnten. Das Volumen der russischen Auslandsdirektinvestitionen stieg 2008 auf 53 Mrd. US-Dollar, wobei die jüngsten Statistiken weiteres Wachstum für die erste Jahreshälfte 2009 zeigen. Zusätzlich zu den offiziell registrierten Direktinvestitionen aus Russland im Ausland gibt es zahlreiche Schätzungen der Kapitalflucht aus Russland, die die offiziellen Zahlen weit übersteigen.

Bestimmungsfaktoren

Russische Direktinvestitionen im Ausland sind im Wesentlichen auf vier Motive der jeweiligen Unternehmen zurückzuführen. Die Bedeutung der einzelnen Motive hat sich über die Jahre gewandelt und unterscheidet sich natürlich auch zwischen einzelnen Branchen und Unternehmen.

- Mit ausländischen Direktinvestitionen streben die russischen Unternehmen weiterhin die Kontrolle über Rohstoffvorkommen im Ausland an, mit denen sie ihre einheimischen Rohstoffvorräte ergänzen wollen. Die im Rohstoffbereich aktiven großen multinationalen Unternehmen mit Sitz in Russland sind in der Regel auf der Suche nach Investitionszielen

im Bereich der Rohstoffproduktion, die einfacher und kostengünstiger genutzt werden können als die oftmals in entlegenen Regionen liegenden bisher unerschlossenen russischen Vorkommen. Insgesamt machen solche Investitionen zur Rohstofferschließung – verglichen beispielsweise mit China – jedoch nur einen relativ begrenzten Anteil der gesamten russischen Direktinvestitionen im Ausland aus.

- Die russischen multinationalen Konzerne, insbesondere im Rohstoffsektor, sind vielmehr zunehmend auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten im Bereich der Weiterverarbeitung, um damit internationale Wertschöpfungsketten aufzubauen und die Endverbraucher zu erreichen. Da Unternehmen aus dem Rohstoffsektor immer noch den größten Anteil an russischen Direktinvestitionen im Ausland stellen, ist dies ein zentraler Trend.
- Zunehmend sind es jedoch auch die führenden russischen Anbieter im Dienstleistungssektor, wie Telekommunikation und Finanzunternehmen, die nach Investitionszielen für strategische Übernahmen suchen, vor allem um Märkte im nahen Ausland, also in der GUS, zu kontrollieren. Zu dieser Art strategischer Übernahmen können auch Ankäufe von Unternehmen im Westen gezählt werden, die einen einfacheren Zugang zu durch Importbeschränkungen geschützten Märkten ermöglichen, wie etwa die Übernahmen von Unternehmen in der US-amerikanischen Stahl- und Automobilindustrie.
- Der spekulativste, aber wohl doch beachtliche Anteil der russischen Direktinvestitionen im Ausland wird von Russlands staatseigenen Unternehmen getätigt, die nicht immer von wirtschaftlicher Logik bestimmt sind, sondern, wie es scheint, eher der russischen Außenpolitik verpflichtet sind.

Geographische Verteilung

Traditionell konzentrierten sich die russischen Direktinvestitionen im Ausland auf die nahe gelegene GUS-Region. In dieser Hinsicht hat sich in den letzten Jahren allerdings eine klare Wende vollzogen. Laut einer aktuellen Schätzung gehen etwa 75 % der russischen Direktinvestitionen nach Europa (inklusive GUS), wobei der Anteil der west- und südeuropäischen Länder kontinuierlich anwächst.

Die russischen multinationalen Konzerne haben Erfahrungen mit internationalen Geschäftspraktiken gesammelt und sehen sich zunehmend auch im weiter entfernten Ausland nach neuen Übernahmeobjekten um. Jenseits von Europa sind russische Unternehmen zunehmend – mit mehreren strategischen Investi-

tionen in der Metallindustrie und dem Maschinenbau – in den USA aktiv, sowie – mit breit angelegten Investitionen im Rohstoffsektor – in Afrika.

Mit Blick auf die geographische Verteilung der russischen Direktinvestitionen sollte jedoch beachtet werden, dass die Statistiken dadurch verzerrt werden, dass ein großer Teil der russischen Investitionen im Ausland nicht direkt aus Russland sondern über Offshore-Zonen und Steueroasen abgewickelt wird. Die anhaltend hohe Position bei russischen Kapitalzuflüssen von Ländern wie Zypern oder den Britischen Virgin Islands dienen als Indikator dieser verbreiteten Praktiken.

Folgen der Wirtschaftskrise

Auf den ersten Blick hat die Wirtschaftskrise die russische Wirtschaft und einige ihrer führenden multinationalen Wirtschaftskonzerne hart getroffen. Nicht nur die globale Kreditkrise bereitet dem hoch verschuldeten russischen Unternehmenssektor große Probleme; auch der Kollaps der weltweiten Nachfrage nach Energie und Rohstoffen – Hauptquelle der russischen Exporte und Staatseinnahmen – hatte furchtbare Folgen für die exportorientierten Firmen. Die Forbes-Liste 2009 der weltweiten Milliardäre verzeichnet einen Rückgang des zusammengerechneten Nettovermögens der reichsten russischen Industriebesitzer um 70 %. Mit anderen Worten sahen also viele der führenden russischen Unternehmer, die in Folge der Privatisierung in den 1990er Jahren zu Wohlstand gelangt waren, den Wert ihres Vermögens im Zuge des weltweiten Wirtschaftsabschwungs drastisch zusammenschrumpfen. Zudem waren einige der führenden russischen Unternehmer gezwungen, sich um staatliche Kredite und Rettungsaktionen für ihre Unternehmen zu bemühen.

Während dieses Bild die öffentliche Wahrnehmung prägt, sind viele der multinationalen Konzerne mit Sitz in Russland jedoch weit davon entfernt, ihre internationalen Investitionen aufzugeben. So planen beispielsweise die führenden russischen Stahlproduzenten Evraz und Severstal wohl – entgegen den gegenwärtig kursierenden Ausverkaufgerüchten – an ihren US-Beteiligungen festzuhalten, während Lukoil, der führende private russische Erdölproduzent, auf dem europäischen Festland und darüber hinaus verstärkt nach Beteiligungsmöglichkeiten an Raffinerien und Tankstellen sucht. Dazu kommt, dass der weltgrößte Erdgasproduzent Gazprom in Europa und Eurasien etliche Infrastrukturprojekte im Umfang von mehreren Milliarden US-Dollar plant, darunter die Nord und South Stream Erdgaspipelines. Man kann zurzeit sogar behaupten, dass in vielen Fällen der zunehmende Wirtschaftsprotektionismus im Wes-

ten für die Expansionspläne russischer (und auch chinesischer) Konzerne die größte durch die gegenwärtige Krise verursachte Herausforderung darstellt.

Russische Investitionsprojekte in Deutschland

Unter den neueren Zielländern russischer Investoren erfreut sich Deutschland in letzter Zeit großer Beliebtheit, wobei auch hier die Wirtschaftskrise einige in der Öffentlichkeit stark beachtete russische Ausstiege bewirkte.

Neben dem russischen Erdgaskonzern Gazprom, der im Erdgasvertrieb aktiv ist, interessierten sich in jüngster Zeit auch andere russische Investoren für die deutsche Wirtschaft. 2007 erwarb BasEl, eines der führenden russischen Industriekonglomerate, das Oleg Deripaska, dem damals reichsten russischen Unternehmer gehörte, einen Anteil von 10 % an dem Bauriesen Hochtief. Der Anteil wurde jedoch ein Jahr später, als das russische Unternehmen und sein Hauptbesitzer mit einer heftigen finanziellen Krise kämpften, wieder verkauft. Hochtief ist in Russland an mehreren Bauprojekten großen Umfangs beteiligt, die angeblich trotz der wechselnden Besitzverhältnisse ohne Unterbrechung weiterarbeiten. Der größte Einzeleigentümer der deutschen Firma Escada, die vor kurzem Konkurs anmeldete, ist der russische Unternehmer Rustam Aksenenko, der etwas über 20 % der Aktien kontrolliert.

Trotz der oben erwähnten Beispiele für gescheiterte Investitionsprojekte steigt unter den russischen Investoren das Interesse an deutschen Unternehmen. Alexej Mordaschow ist so mit einer Beteiligung von 15 % einer der größten Aktionäre des deutschen Tou-

rismuskonzerns TUI. Bei ihrem jüngsten Treffen im August bekräftigten die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Dimitrij Medwedew ihre Unterstützung für zwei Investitionsprojekte unter Beteiligung russischen Kapitals. Der kanadisch-österreichische Autozulieferer Magna soll nach Wunsch der beiden Politiker gemeinsam mit der russischen Sberbank und dem russischen Automobilproduzenten GAZ die Kontrolle über den angeschlagenen deutschen Autohersteller Opel vom amerikanischen Mutterkonzern General Motors übernehmen. Die russische Bank soll dabei einen Anteil von 20 % des Unternehmens kontrollieren. Der Verwaltungsrat von General Motors stimmte diesem Vorschlag am 10.9.2009 zu. Beim zweiten Investitionsprojekt wird Igor Jusufow, Vorstandsmitglied der russischen Gazprom und früherer Energieminister Russlands, die insolvente Schiffswerft Wadan übernehmen. Die Investition in Höhe von 40 Mio. Euro soll die Arbeitsplätze der Mehrheit der derzeit 2500 Angestellten der Werft absichern.

Fazit

Diese Beispiele zeigen, dass sowohl Ausmaß als auch Bandbreite der russischen Investitionen im Ausland sich zurzeit erhöhen, trotz offenkundiger durch die weltweite Wirtschaftskrise verursachter Rückschläge. Die russischen Investoren, die sich außerhalb der traditionellen Rohstoffsektoren betätigen, werden auf internationalem Parkett zunehmend aktiver und werden sich noch stärker in den entwickelteren Märkte engagieren, sobald die unmittelbaren Folgen der Wirtschaftskrise abgeklungen sind.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Peeter Vahtra ist Research Fellow am Pan-European Institute der Turku School of Economics. Zu seinen Forschungsfeldern zählen die russische Energie- und Wirtschaftspolitik sowie ausländische Direktinvestitionen in Russland und Russlands im Ausland.

Lesetipp:

Peeter Vahtra erstellt regelmäßig Analysen der Auslandsoperationen russischer Unternehmen. Einen Überblick über seine Studien gibt: <http://www.tse.fi/EN/units/specialunits/pei/economicmonitoring/russianfirms/Pages/default.aspx> Dort wird in Kürze auch seine aktuelle Bestandsaufnahme der russischen Direktinvestitionen im Ausland publiziert.

Kommentar

Russland und die WTO – Nach 16 Jahren geht es wieder von vorne los

Von Heiko Pleines, Bremen

16 Jahre haben sich die russischen Verhandlungen um einen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) hingezogen, bevor die russische Führung im Sommer 2009 das russische Beitritts-gesuch zugunsten eines gemeinsamen Beitrittsverfahrens der Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland zurückzog. Die drei Länder werden eine gemeinsame Verhandlungsgruppe bilden, die vom bisherigen russischen Verhandlungsleiter, Maxim Medwedkow, geleitet wird. Nach einem Treffen der Verhandlungsgruppe erklärte Medwedkow am 4.9.2009, dass die Verhandlungen um einen gemeinsamen WTO-Beitritt der drei Länder bereits im Oktober aufgenommen werden könnten.

Nach allgemeiner Einschätzung hat die russische Führung jedoch bei den WTO-Beitrittsverhandlungen erst einmal die Notbremse gezogen und dürfte noch für einige Zeit die einzige große Volkswirtschaft der Welt außerhalb der WTO bleiben. Da für einen Beitritt die Zustimmung aller (mittlerweile bereits 153) Mitglieder erforderlich ist und eine Vielzahl von Fragen behandelt wird, die allein die Vereinbarung Russlands mit den USA auf 800 Seiten anwachsen ließen, ziehen sich Beitrittsverhandlungen regelmäßig über mehrere Jahre hin. Die russischen Verhandlungen, bei denen sowohl 2004 nach der Einigung mit der EU als auch 2006 nach der Einigung mit den USA bereits der Durchbruch gefeiert worden war, waren jedoch in den letzten Jahren zunehmend in eine Sackgasse geraten. Dafür lassen sich im Wesentlichen drei Gründe anführen.

Erstens ist der WTO-Beitritt für Russland von vergleichsweise geringer wirtschaftlicher Bedeutung. Russland exportiert vor allem Erdöl und Erdgas, für deren Handel die WTO-Mitgliedschaft keine Rolle spielt. Gleichzeitig hat Russland mit vielen seiner internationalen Handelspartner bereits bilaterale Abkommen geschlossen, die eine Meistbegünstigungsklausel für russische Exporte vorsehen, so dass ein WTO-Beitritt hier keine Verbesserung bringen würde. Nur ein kleiner Teil der russischen Exporte (vor allem Stahl und einige Chemikalien) ist von Anti-Dumping-Maßnahmen betroffen und könnte von einem WTO-Beitritt profitieren. Andererseits würde aber ein russischer WTO-Beitritt den Import vieler Waren vereinfachen und durch Zollsenkungen auch verbilligen. Insbesondere die Landwirtschaft und der Maschinenbau,

aber auch Teile des Dienstleistungsbereichs, wie Telekommunikation und Versicherungen, befürchteten stärkere ausländische Konkurrenz nach einem WTO-Beitritt.

Zweitens hat Russland die Auflagen für den WTO-Beitritt immer als schmerzhaften Eingriff in seine wirtschaftspolitische Souveränität empfunden. Das Abkommen mit der EU verpflichtete Russland so u. a. zu einer Liberalisierung der Binnenmärkte für Erdgas und Telekommunikation. Gleichzeitig hat Russland Handelsbeschränkungen regelmäßig als außenpolitisches Druckmittel genutzt, etwa gegen Georgien und Moldawien seit 2006 oder auch gegen Polen 2007. Mit der Unterwerfung unter WTO-Regeln würde der Einsatz dieses Druckmittels stark beschränkt.

Drittens, und dies dürfte der Anlass für den tatsächlichen Rückzug aus den Verhandlungen gewesen sein, haben GUS-Staaten, die sich mit Russland im Konflikt befinden, insbesondere Georgien und Moldawien ihre Zustimmung zum russischen WTO-Beitritt regelmäßig in Frage gestellt. Diese besaßen damit ein Druckmittel gegenüber Russland. Vor allem aber entspricht es wohl nicht dem Selbstverständnis der russischen Führung, für die die G7 auf die G8 erweitert wurde, dass kleine ehemalige Sowjetrepubliken Russlands Rolle in der Weltwirtschaft mitbestimmen.

Die russische Führung hatte drei Jahre nach dem erwarteten Ende der Beitrittsverhandlungen keine Lust mehr, sich für eine Mitgliedschaft von eher symbolischem Wert von Staaten aus dem selbst definierten »nahen Ausland« vorführen zu lassen. Gleichzeitig hat sie sich aber mit der Aufnahme von Verhandlungen in Partnerschaft mit Belarus und Kasachstan eine Hintertür offen gelassen. Die Aufnahme gemeinsamer Verhandlungen könnte gleichzeitig die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern wieder verbessern und der Idee einer Wirtschaftsintegration innerhalb der GUS neuen Schwung verleihen.

Der Eindruck, dass Russland in der internationalen Wirtschaft und Politik eher eigene Interessen gegen den Rest der Welt ausfechten will, als auf gemeinsame konstruktive und regelgeleitete Kooperation zu setzen, bestätigt sich aber erneut. Inwieweit dies weltweit übliche Praxis, legitime nationale Souveränität oder russische Arroganz ist, bleibt eine Frage der Perspektive.

Über den Autor:

Dr. Heiko Pleines ist Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Chronik

Vom 1. bis zum 10. September 2009

Die Chronik der Russland-Analysen für die Zeit der Sommerpause (3. Juli bis 31. August 2009) finden Sie auf unserer Internetseite unter http://www.laender-analysen.de/russland/chroniken/Chronik_2009.html

| | |
|-----------|---|
| 1.9.2009 | Ministerpräsident Wladimir Putin nimmt in Danzig gemeinsam mit einer Reihe anderer europäischer Regierungschefs an der polnischen Gedenkfeier zum Beginn des 2. Weltkriegs teil. |
| 2.9.2009 | Durch eine Sprengfalle werden in Machatschkala (Dagestan) ein Zivilist und neun Angehörige der Sicherheitskräfte verletzt. Die Zivilperson erliegt später ihren Verletzungen. |
| 2.9.2009 | Michail Wojtenko, der Chefredakteur der Website »Morskoj Bjulleten Sowfracht«, gibt seinen Posten auf. Nachdem er im Zusammenhang mit dem »Arctic Sea«-Fall telephonisch bedroht wurde, hält er sich in Istanbul auf. Die Website www.odin.ic wird vorübergehend stillgelegt. |
| 3.9.2009 | Das Militärkollegium des Obersten Gerichts entscheidet, die Verfahren im Mordfall Anna Politkowskaja zusammenzulegen und sie an die Staatsanwaltschaft zurückzuverweisen. Im ursprünglichen Prozess war das Verfahren gegen den eigentlichen Mordverdächtigen, den flüchtigen Rustam Machmudow, abgetrennt worden. |
| 3.9.2009 | Staatsbesuch der indischen Präsidentin Pratibha Patil anlässlich der Eröffnung des »Indien-Jahres« in Russland. Sie trifft sich mit ihrem Amtskollegen Präsident Dmitrij Medwedew und am Folgetag mit Ministerpräsident Wladimir Putin. |
| 7.9.2009 | Die russische Staatsduma, das Unterhaus des Parlaments, kommt zur ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. |
| 7.9.2009 | Der Kommissar für Menschenrechte des Europarates, Thomas Hammarberg, besucht gemeinsam mit dem russischen Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin Tschetschenien, um sich vor Ort ein Bild von der Menschenrechtslage zu machen. |
| 8.9.2009 | Der Staatsanwalt der russischen Republik Inguschetien erklärt, dass das am 22. Juni 2009 verübte Attentat auf den Präsidenten Inguschetiens, Junus-Bek Jewkurow, aufgeklärt sei. Verantwortlich sei eine kriminelle Bande, der auch weitere Morde zur Last gelegt werden. |
| 10.9.2009 | Der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, trifft zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Dmitrij Medwedew und mit Ministerpräsident Wladimir Putin zusammen, um das »strategische Bündnis der zwei Staaten zu festigen« Er kündigt an, dass Venezuela die Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien anerkennen wird. Venezuela wäre damit erst das dritte Land, nach Russland und Nicaragua, das diesen Schritt vollzieht.. |
| 10.9.2009 | Russlands Präsident Dmitrij Medwedew trifft im russischen Orenburg seinen kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew im Rahmen des sechsten Forums der regionalen Zusammenarbeit zwischen Russland und Kasachstan. |
| 10.9.2009 | Der Verwaltungsrat von General Motors stimmt dem Verkauf der Konzerntochter Opel an ein Konsortium unter Leitung des kanadisch-österreichischen Autozulieferers Magna zu. Die beiden Konsortiumspartner sind die russische Sberbank und der russische Automobilproduzent GAZ. |

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 7–8/2009

Aus Anlass des 70. Jahrestages ist Osteuropa 7–8/2009 dem Hitler-Stalin-Pakt gewidmet. Neben historischen Studien enthält das Heft Analysen, welches Gewicht der Pakt und seine Folgen in den nationalen Erinnerungskulturen in Europa hat. Karikaturen von 1939 illustrieren den Band. Er hat 336 Seiten, 35 Abbildungen und kostet 22,00 Euro. Bestellungen über osteuropa@dgo-online.org. Das Heft enthält folgende Beiträge:

Susanne Schattenberg

Diplomatie der Diktatoren

Eine Kulturgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts

Der Hitler-Stalin-Pakt kam nicht *trotz* der verschiedenen Systeme, sondern *aufgrund* der vielen Gemeinsamkeiten der beiden Führerstaaten zustande. Entscheidend war nicht, dass sich die beiden Ideologien gegenseitig ausschlossen, sondern dass die Formensprache nahezu identisch war: Beide Außenminister etablierten einen neuen Stil in der Diplomatie, der sich in Symbolik, Ton und Tempo nahezu glich. Der Pakt war nicht das Verdienst der »alten« Diplomaten, die diese Annäherung erreichten, und auch nicht vorrangig die fatale Folge des Versagens der französisch-britischen Politik. Der Pakt war das Produkt einer »Diplomatie der Führer«, die echte Bewunderung füreinander empfanden.

Werner Benecke

Die Entfesselung des Krieges

Von »München« zum Hitler-Stalin-Pakt

Ende August 1939 schlossen Deutschland und die UdSSR einen Pakt, in dem sie sich offiziell verpflichteten, auf jede Aggression gegeneinander zu verzichten. Faktisch teilten die bis dahin ideologisch verfeindeten Diktaturen Ostmitteleuropa in Einflussphären auf. Der überraschende Coup wurzelte tiefer in der gesamteuropäischen Vorkriegssituation, als es das hastig zuwege gebrachte Konglomerat von Abmachungen zwischen Hitler und Stalin auf den ersten Blick erkennen lässt.

Marek Kornat

Sehenden Auges

Polens Außenpolitik vor dem Hitler-Stalin-Pakt

Im Frühjahr 1939 zeichnete sich ab, dass Polen dem Expansionsdrang zweier Diktatoren zum Opfer fallen könnte. Polen kam jedoch weder den Forderungen Hitlers nach, noch willigte es in die von seinen westlichen Verbündeten geforderte Durchmarschgenehmigung für die Rote Armee ein. Die verbreitete Behauptung, Polen habe mit solchem Starrsinn den Hitler-Stalin-Pakt mitverschuldet, ist jedoch nicht haltbar. Das Misstrauen gegenüber Stalin hat sich vielmehr als berechtigt erwiesen. Dass die verbündeten Westmächte Polen im Stich lassen würden, und damit nicht nur Hitler, sondern auch Stalin freie Hand geben würden, lag außerhalb der Vorstellung der polnischen Diplomaten.

Sergej Sluč

Der Weg in die Sackgasse

Die UdSSR und der Molotov-Ribbentrop-Pakt

Das Münchner Abkommen 1938 zeigte, wie isoliert die Sowjetunion war. Um internationale Handlungsoptionen zurückzugewinnen, setzte Stalin auf Gemeinsamkeiten mit Deutschland. Annäherungsversuche in Wirtschaft und Handel schlugen fehl. Obwohl das NS-Regime Rohstoffe zur Kriegsvorbereitung brauchte, strebte Hitler lange Zeit keine reale Annäherung an die UdSSR an. Stalin rechnete mit einem »imperialistischen Krieg« von Deutschland und den Westmächten. Er versuchte zu verhindern, dass die UdSSR auf ihrer Seite in den Krieg schlitterte. Das Abkommen mit Nazideutschland gewann Priorität. Der Molotov-Ribbentrop-Pakt garantierte Interessensphären und außenpolitische Expansion, was die UdSSR von den Westmächten nie bekommen hätte. Doch Hitlers außenpolitisches Hauptziel, die Eroberung der Sowjetunion, blieb über den gesamten Nichtangriffspakt hinaus gültig. Stalin trieb sein Land in die selbst geschaffene Sackgasse.

Jürgen Zarusky

»Hitler bedeutet Krieg«

Der deutsche Weg zum Hitler-Stalin-Pakt

Der Hitler-Stalin-Pakt gilt zu Recht als das Musterbeispiel totalitärer Außenpolitik. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass in der imperialistischen Kooperation des nationalsozialistischen Deutschlands und der Sowjetunion unterschied-

liche Intentionen und Dynamiken zusammentrafen. Hitler hielt an seinem »Lebensraum«-Projekt im sowjetischen Osten fest. Der Pakt kam ihm 1939 entgegen, war aber nur eine taktische Zwischenstation.

Michael David-Fox

Annäherung der Extreme

Die UdSSR und die Rechtsintellektuellen vor 1933

Der Hitler-Stalin-Pakt war nicht nur ein Schock. In gewisser Weise war er auch die Fortsetzung einer obskuren Beziehung, welche die kommunistische Linke und die faschistische Rechte in den 1920er und frühen 1930er Jahren gepflegt hatten. Die sowjetische *Allunionsgesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland* unterhielt Kontakte mit bürgerlichen Nationalisten, mit Intellektuellen der *Konservativen Revolution* und der *Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft*, in der sich Rechte wie Linke sammelten. Das Werben um die radikale Rechte war nicht unumstritten, gehörte aber zur obligatorischen Politik der sowjetischen Diplomatie.

Bernhard H. Bayerlein

Abschied von einem Mythos

Die UdSSR, die *Komintern* und der Antifaschismus

Der Antifaschismus der Sowjetunion ist eine der kaum angefochtenen Bastionen linker Geschichtskonzeptionen. Selbst Stalins Pakt mit Hitler konnte den Mythos nicht zerstören, denn er galt als kurzfristiges taktisches Manöver. Tatsächlich aber hatte Stalin während der gesamten 1930er Jahre ein Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland im Auge. Statt den NS-Terror gegen deutsche Kommunisten anzuprangern, richtete sich die sowjetische Politik bis 1934 weiterhin gegen die als »Sozialfaschismus« diffamierte Sozialdemokratie. Auch die *Komintern* brachte Moskau auf diese Linie. Trotz des Bündnisses mit den Westmächten und der Volksfrontpolitik Mitte der 1930er ließ sich Stalin alle Optionen offen. Nach dem Pakt mussten die gleichgeschalteten kommunistischen Parteien die Sowjetunion und das Deutsche Reich als das Lager des Weltfriedens zu bezeichnen.

Michail Ryklin

Requiem auf einen Traum

Walter Benjamin und der Hitler-Stalin-Pakt

Der Hitler-Stalin-Pakt traf viele westeuropäische Intellektuelle wie ein Schlag. Er zerstörte ihren Glauben an die Sowjetunion als Bollwerk des Antifaschismus und Insel der Glückseligen. Walter Benjamins geschichtsphilosophisches Vermächtnis, seine Thesen »Über den Begriff der Geschichte«, sind eine der ersten theoretischen Reaktionen auf den Verlust der Utopie.

Rafał Wnuk

Zwischen Scylla und Charybdis

Deutsche und sowjetische Besatzung Polens 1939–1941

Der Hitler-Stalin-Pakt gilt als Beleg für die Ähnlichkeit der totalitären System des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Ein Blick auf die Besatzungspolitik in den Gebieten der polnischen Zweiten Republik lässt ein differenziertes Urteil zu. Die Nationalsozialisten verschleierten nie, dass sie den polnischen Staat zerstören, seine Eliten vernichten und die Bevölkerung unterwerfen wollen. Die Sowjetunion hingegen versuchte, den Anschein der Legalität zu wahren und die Annektierung der polnischen Ostgebiete als Befreiung auszugeben. Der NS-Terror sollte mit seiner demonstrativen Brutalität lähmend wirken, über den sowjetischen Terror wurde Schweigen verhängt.

Grzegorz Hryciuk

Die Illusion der Freiheit

Belarussen und Ukrainer im September 1939

Im Osten der Polnischen Republik lebten zahlreiche Ukrainer und Weißrussen. Ihre soziale und ökonomische Lage war prekär, nach 1935 wurden ihre nationalen Rechte zunehmend eingeschränkt. Der Einmarsch der sowjetischen Armee am 17. September 1939 stieß unter vielen Ukrainern und Weißrussen auf Wohlwollen, gar Begeisterung. Es setzte eine Welle antipolnischer Vergeltungsaktionen ein. Die Hoffnungen, die sich an die »Befreier« geknüpft hatten, wurden bald enttäuscht: Auch zahlreiche Ukrainer und Weißrussen gerieten in die Fänge des NKVD.

David Feest

**Ethnische Spaltung, nationale Konsolidierung
Die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes im Baltikum**

Das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes bedeutete für die baltischen Republiken nicht nur das Ende ihrer Staatlichkeit. Seine Folgen bewirkten unter Litauern, Letten und Esten eine Umorientierung und Radikalisierung ihres ethnischen Selbstverständnisses. Bemühungen der Sowjetmacht, die baltischen Nationen mit Terror nach ihren Ordnungsvorstellungen zu modellieren, riefen Widerstand hervor und trugen zur ethnischen Spaltung der Gesellschaften bei. Diese war notwendige Bedingung für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik, die nach der Besetzung des Baltikums die lokale Terrorerfahrung mit den eigenen globalen Zielen zu verbinden suchte. Sie wurde aber auch ein wichtiger Faktor der nationalen Konsolidierung.

Mariana Hausleitner

**Der Pakt, die Sowjetisierung und die Folgen
Bessarabien und die Nordbukowina 1940–1941**

1940 musste Rumänien Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion abtreten. Sofort setzte die Sowjetisierung ein. Sie zielte darauf, Gegner auszuschalten und die soziale Basis für die kommunistische Herrschaft zu schaffen. Großgrundbesitzer wurden enteignet, Angehörige der alten Elite verhaftet, Mittelbauern als »Kulaken« stigmatisiert und mit ihren Familien nach Sibirien deportiert. Darunter waren auch Tausende von Juden. Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR wurden sie zu Opfern des Holocaust. All das war bis 1989 ein Tabu. Danach wurden Forderungen laut, wieder ein »Großrumänien« herzustellen. Unterdessen gewinnt eine differenzierte Analyse an Boden.

Viorica Olaru-Cemirtan

**Wo die Züge Trauer trugen
Deportationen in Bessarabien 1940–1941**

Das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts gab der Sowjetunion freie Hand, sich Bessarabien und Nordbukowina einzugliedern. Mit der militärischen Besetzung begannen die Sowjetisierung und der Terror gegen die Bevölkerung. Zehntausende wurden verfolgt, inhaftiert und in sowjetische Lager deportiert.

Claudia Weber

**Wider besseres Wissen
Das Schweigen der Westalliierten zu Katyn**

1943 entdeckte die Wehrmacht die Leichen von 15 000 polnischen Kriegsgefangenen, die der NKVD 1940 ermordete hatte. Die nationalsozialistische Kriegspropaganda suchte daraus Kapital zu schlagen. Doch dies kam der Sowjetunion zugute, die deutsche Truppen für den Mord verantwortlich machte. Die Westalliierten kannten die Wahrheit über das Massaker von Katyn, wollten aber den Nationalsozialisten nicht in die Hände spielen. Sie schwiegen, weil sie den Erhalt der Anti-Hitler-Koalition höher bewerteten. Auch bei den Nürnberger Prozessen fochten sie die sowjetischen Behauptungen nicht an, weil dies die gesamte alliierte Politik der Verfolgung von Kriegsverbrechen in Frage gestellt hätte.

Stefan Troebst

**Der 23. August 1939
Ein europäischer *Lieu de mémoire*?**

Die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt ist in Europa unterschiedlich. In Westeuropa ist sie kaum präsent und in Deutschland verblasst. In Ostmitteleuropa, vor allem in Polen und im Baltikum, ist das deutsch-sowjetische Teilungsabkommen ein zentraler Bezugspunkt der Erinnerungskultur. In Russland, Belarus, der Ukraine und Moldova tut man sich mit dem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt schwer. Das bedingt akute Erinnerungskonflikte mit Warschau, Vilnius, Riga und Tallinn. Der »23. August 1939« ist ein Datum von fundamentaler Bedeutung für Europa, aber kein europäischer *Lieu de mémoire*.

Tatjana Timofeeva

**»Ob gut, ob schlecht, das ist Geschichte«
Russlands Umgang mit dem Molotov-Ribbentrop-Pakt**

Die sowjetische Geschichtsschreibung rechtfertigte den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt. Das geheime Zusatzprotokoll war ein Tabu. Erst in der Perestrojka wurden das Abkommen und das Geheimprotokoll offiziell verurteilt. Seit Vladimir Putins Präsidentschaft zielt die offizielle Geschichtspolitik auf die positive Darstellung der sowjetischen

Vergangenheit. Dazu gehört auch eine positive Bewertung der stalinistischen Außenpolitik. Die sowjetische Lesart des Molotov-Ribbentrop-Pakt steht wieder hoch im Kurs. Doch in der öffentlichen Meinung und der Geschichtswissenschaft bleibt das Thema umstritten.

Marek Kornat

Ideologie und Wahrheit

Der Hitler-Stalin-Pakt in Polens historischem Gedächtnis

Der Hitler-Stalin-Pakt spielt eine herausragende Rolle in der polnischen Erinnerung. Das war nicht immer so. In der Volksrepublik Polen verbreiteten linientreue Historiker die offizielle sowjetische Lesart des »Nichtangriffspakts« als eines klugen Schachzugs, der die Grundlage für den Sieg im Krieg legte. Das geheime Zusatzprotokoll war aus ideologischen Gründen ein Tabu. Heute verbindet sich mit dem Pakt die Erfahrung eigener Machtlosigkeit angesichts der Verschwörung der Teilungsmächte und das Gefühl, von den Bündnismächten im Stich gelassen worden zu sein.

Marcin Miodek

»Das ist ein neuer Ribbentrop-Molotov-Pakt!«

Eine historische Analogie in Polens Energiedebatte

Historische Analogien dienen der Polarisierung. Nimmt man sie wörtlich, erscheinen sie als unangemessen. Gleichzeitig können sie auf Parallelen aufmerksam machen. Als der polnische Außenminister Radek Sikorski im Frühjahr 2006 die Pläne zum Bau der Ostsee-Pipeline in die Tradition des Ribbentrop-Molotov-Pakts rückte, entbrannte in Deutschland ein Sturm der Entrüstung. Die polnischen Medien sahen die Sache zumeist gelassener. Auch wenn die Pipelinepläne nicht zu einer Teilung Polens führten, so habe die Analogie doch darauf aufmerksam gemacht, dass das Projekt auch eine politische Dimension hat.

Viktor Knoll

Abschied vom Sperrgebiet

Sergej Sluč über die sowjetische Außenpolitik vor 1941

Jahrzehntelang war es in der Sowjetunion unmöglich, die Vorgeschichte des *Großen Vaterländischen Krieges* ohne ideologische Verzerrung zu behandeln. Das geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt war ein Tabu. Erst in der Perestrojka setzte die Aufarbeitung der stalinistischen Außenpolitik ein. Nun leistet eine Studie von Sergej Sluč zweierlei: Sie rekonstruiert die Entstehung des Zusatzprotokolls, und sie analysiert den Historikerstreit und seine Folgen, der sich in Russland an der Frage entspannt, welche Motive Stalin und die sowjetische Führung leiteten, mit NS-Deutschland dieses Abkommen zu schließen.

Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 9/2009

OSTEUROPA 9/2009 ist erschienen. Das Heft »Marschordnung. Kontrollversuche und Kompetenzverluste« analysiert die Herrschaftsstrategien unter dem Tandem Medvedev-Putin, beleuchtet die Rolle bei der Modernisierung der Nato in der Ukraine und untersucht das Verhältnis von Religion und Gewalt. Das Inhaltsverzeichnis ist einzusehen unter <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/2009> Das Heft hat 224 Seiten, kostet 10,00 Euro und ist zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge zu und über Russland:

Gemma Pörzgen

Auf der Suche nach der verlorenen Kompetenz

Russlandpolitik im Deutschen Bundestag

Deutschland unterhält enge Beziehungen mit Russland. Doch im Bundestag, der eine wichtige Rolle in der Außenpolitik spielt, mangelt es zunehmend an kompetentem Personal. Eine Reihe profiliertter Außenpolitiker mit Russlandkenntnissen scheidet zum Ende der Legislaturperiode aus. Nachfolger sind nicht in Sicht. Obwohl ständig von Internationalisierung und Globalisierung die Rede ist, haben die Fraktionen Probleme, außenpolitisches Personal zu rekrutieren. Das hat strukturelle Gründe. Die Auswahlverfahren der Parteien begünstigen Innenpolitiker. Außenpolitik ist als Karriereweg unattraktiv. Sie ist eine langfristige Verpflichtung und erfordert viel Zeit und Aufwand. Doch einzelne Abgeordnete beweisen, dass die Handlungsspielräume auch in der Russlandpolitik größer sind als vielfach gedacht.

Andreas Heinemann-Grüder

Kontrollregime

Russland unter Putin & Medvedev

Russlands politisches Regime zeichnet sich durch eine neue Kombination aus bekannten Legitimationsstrategien und Herrschaftstechniken aus, die dazu dienen, den Wettbewerb, politische Partizipation und potentielle Konkurrenten zu kontrollieren. Dieses Kontrollregime hat aus den Stärken und Schwächen autoritärer Herrschaft gelernt, nutzt moderne Herrschaftstechnologien und ist anpassungsfähig. Doch anders als den autoritären Regimen in Südostasien gelingt es dem Moskauer Regime nicht, das Land zu modernisieren.

Nadežda A. Beljakova

Kontrolle, Kooptation, Kooperation

Sowjetstaat und Orthodoxe Kirche

Die Sowjetunion baute ein subtiles System der Kontrolle und Reglementierung der Russischen Orthodoxen Kirche auf. Der Rat für Religionsangelegenheiten und der KGB spielten die Schlüsselrollen. Neben der Repression und der Diskriminierung von Gläubigen und Priestern setzten die Organe vor allem auf Kooptation und Kooperation. Die Orthodoxe Kirche wurde Teil der sowjetischen Außenpolitik. Auch innenpolitisch gelang es dem Regime, die Kirche einzubinden. Anders als die katholische Kirche in Polen war die orthodoxe Kirche in der Sowjetunion nie eine oppositionelle Kraft. Der orthodoxe Klerus ließ sich kooptieren und handelte »im Geiste von Staatlichkeit und Patriotismus«.

Demyan Belyaev

Rätselhafte Phänomene

Heterodox-religiöse Subkultur in Russland

Esoterische Formen von Religiosität haben in Russland eine lange Tradition. Sie blühten im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Auch in der Sowjetzeit verschwanden sie nicht völlig. Während der Perestrojka erlebte die heterodox-religiöse Szene einen Boom, der bis heute nachwirkt: Rund 45 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zu esoterischen Überzeugungen. Oft verbinden sich diese mit christlichen Glaubensinhalten zu einem eklektischen Weltbild. Esoterik spielt in Russland eine wichtige soziale Rolle und ist ein Wirtschaftsfaktor.

Katharina Uhl, Alexa von Winning

Erinnern ohne Gedächtnis

Religion und Identität in Tatarstan

In der Chrusčev-Periode erlebte die antireligiöse Kampagne einen Höhepunkt. In den Erinnerungen von Angehörigen der »Taufwettergeneration« spielt die Religion jedoch kaum eine Rolle. Heute ist auch im multikonfessionellen Tatarstan eine Renaissance des Religiösen zu beobachten. Religion hilft, das heutige soziale Leben wahrzunehmen und zu bewerten. Diese vermeintlich religiösen Werte und Vorstellungen schließen an sowjetische Normen und Praktiken an.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de